

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



Ist Russland imperialistisch?

Gedanken beim Versuch, diese Frage zu beantworten

Mit den Umwälzungen nach 1990 ist Russland wieder ein kapitalistisches Land geworden. Über die Richtigkeit dieser Feststellung dürfte innerhalb der gesamten Linken große Einigkeit bestehen. Aber ist das heutige Russland eventuell auch imperialistisch? Spätestens seit Beginn des Ukrainekrieges wird diese Frage diskutiert. Dazu gibt es etliche Wortmeldungen, auch von linker, marxistischer Seite. Manche bejahen diese Frage eindeutig, z.B. die SDAJ (laut einer Erklärung vom 25. Februar 2022) „Dabei steht außer Frage, dass Russland ein imperialistisches Land ist“. Die MLPD spricht in Bezug auf Russland (und auch auf China) von „Neuimperialismus“ (z.B. in einer Erklärung vom 11. März 2022). Auch für die kommunistische Partei Griechenlands (KKE) ist Russland imperialistisch und der Ukrainekrieg deshalb ein imperialistischer Krieg. Dagegen sind der DKP-Vorsitzende Patrick Köbele und etwa auch Willi Gerns deutlich vorsichtiger (auf deren Argumentation wird unten noch genauer eingegangen).

Gleichzeitig entdeckt auch die bürgerliche Seite wieder die Nützlichkeit des Imperialismusbegriffs für ihre Propaganda. Von den Leitmedien und von westlichen Politikern,

allen voran Bundeskanzler Scholz, wird Russland vorgeworfen, eine imperialistische Politik zu betreiben.

Selbstverständlich ist die Beantwortung der Frage „Imperialismus ja oder nein“, genauso wie die politische Bedeutung, die einer solchen Einschätzung zukommt, davon abhängig, was man unter Imperialismus versteht und welche Kriterien bei der Beurteilung verwendet werden.

Der Begriff Imperialismus hat eine längere Geschichte (die hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden soll), in deren Verlauf es zu mehrmaligen Verschiebungen seiner Bedeutung gekommen ist. Imperialismus

leitet sich vom lateinischen Wort „imperare“ = befehlen, herrschen ab. Der Bezug auf Herrschaft ist dann auch das Gemeinsame aller seiner sich im Laufe der Zeit wandelnden Bedeutungen, es geht immer um Herrschaft bzw. um das Bestreben, eine solche zu errichten oder auszudehnen.

Entscheidend für die Etablierung der heutigen Bedeutung von Imperialismus wurden die weltgeschichtlichen Ereignisse in der Zeit etwa ab 1870, oder genauer gesagt die theoretische Einordnung dieser Ereignisse. Gemeint sind die Bemühungen der damals machtpolitisch führenden

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Ist Russland imperialistisch?	1
„Der Westen“ und China – Teil 2	7
Rüstung und Soziale Frage	10
Unsere europäischen Werte: 1,21 Euro Mindestlohn in der Ukraine	14
Kolonialismus 2.0	20
Zum Scheitern des Verfassungsprozesses in Chile	22

In eigener Sache

Im Stellvertreterkrieg in der Ukraine - mit Russland auf der einen Seite und der NATO unter der Vorherrschaft der USA auf der anderen Seite - ist kein Ende abzusehen. Diplomatische Lösungen scheinen in immer weitere Ferne zu rücken. Immer mehr und immer modernere Waffensysteme werden an die Ukraine geliefert mit dem Ziel, Russland zu ruinieren, einen Konkurrenten auszuschalten. In der Ampel-Regierung nimmt der Streit um die von Kiew gewünschte Lieferung des deutschen Kampfpanzers Leopard 2 zu, der 62 Tonnen schwer ist und 15 Millionen Euro das Stück kostet. Hinter dem Zögern des Kreises um den Bundeskanzler, das sich mit Bedenken der USA-Regierung deckt, steht die Angst vor einer rigorosen Ausweitung des Krieges, vor allem durch die Anwendung taktischer Atomwaffen durch Russland. Zudem ist Deutschland durch immer stärkere indirekte Kriegsbeteiligung in gefährliche Nähe einer direkten militärischen Konfrontation geraten, die katastrophale Folgen hätte. Die Propaganda-Hetze der deutschen Medien nimmt darauf keine Rücksicht und fördert die aggressive Stimmung. Dazu passt, dass die Berliner Kriegsministerin Lambrecht (SPD) Deutschland nun zur „Führungsmacht“ ausruft.

Die schärfsten Sanktionen gegen Russland seit dem Zweiten Weltkrieg sollen ein Übriges tun. Als Folge der Sanktionen gerät Deutschland in eine hausgemachte Krise, die die Bürger teilweise bis an die Grenze des Ertragbaren belastet. Die lauwarmen Energiespartips einiger sehr gut ver-

dienender Politiker*innen sind Zynismus pur, zudem man doch getrost annehmen darf, dass sie diese nicht befolgen müssen. Der Krieg sorgt aber wie immer für immense Gewinne bei einigen Unternehmen, z.B. den Mineralölkonzernen, der Rüstungsindustrie und anderen. Auch Gazprom verzeichnet übrigens wegen der gestiegenen Preise Gewinne wie noch nie. Andererseits können die Folgen der Sanktionen der Industrie in Deutschland immensen Schaden zufügen, besonders kleine und mittlere Betriebe sind von Insolvenz bedroht.

Die Gegenwehr gegen diese Politik steht noch am Anfang, von einigen Gruppierungen wird ein heißer Herbst in Aussicht gestellt.

Auch in dieser Nummer der ARSTI gehen wir mit einigen Artikeln auf den Krieg ein. Ein Autor geht der Frage nach: „Ist Russland imperialistisch?“ Ein Artikel hat den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und sozialer Frage zum Thema. (Der Artikel war im Sommer zurückgestellt worden.) Der Artikel „Der Westen und China“ beleuchtet die gegenwärtigen Beziehungen zwischen den entwickelten Ländern des Westens und der VR China. Ein Nachdruck aus den „Nachdenkseiten“ befasst sich mit der sozialen Situation in der Ukraine, in der



ja bekanntlich die Werte des Westens verteidigt werden.

Im Artikel „Kolonialismus 2.0“ wird am Beispiel Boliviens aufgezeigt, wie sich ein Berater des Wirtschaftsministeriums die Rohstoffsicherung vorstellt.

In einen weiteren Beitrag gehen wir zum gescheiterten Referendum in Chile ein.

Wir bedanken uns bei den ABO-Zahler*innen und Spender*innen.

Wir brauchen weiterhin eure Unterstützung!

Die Jahreskonferenz der Gruppe findet dieses Jahr am 19. und 20. November in Nürnberg statt.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme
Postfach 910307, 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften

sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



Staaten (hauptsächlich europäische, aber auch die USA und Japan mischten mit), ihre Kolonialherrschaft immer weiter auszudehnen. In einer Art Wettlauf konkurrierten die Mächte um die Kontrolle auch der letzten von ihnen noch nicht unterworfenen Gebiete. Für dieses Machtgerangel setzte sich immer mehr die Bezeichnung Imperialismus durch. Großen Einfluss auf die Durchsetzung des Begriffs Imperialismus in dieser Bedeutung hatte der englische Ökonom und Journalist John A. Hobson mit seinem Werk *Imperialism – A Study* (1902). Der Pazifist Hobson, seit 1909 Mitglied der „Independent Labour Party“, begründet in seinem Buch den Imperialismus mit dem Expansionsdrang des Kapitalismus und der ständigen Suche nach neuen Absatzmärkten. Er wies auch auf die Gefahr hin, dass aus den ständigen Konflikten, die unweigerlich mit dem Expansionismus verbundenen waren, direkte kriegerische Auseinandersetzungen der Großmächte untereinander entstehen könnten.

Ebenfalls Anfang des 20. Jahrhunderts erschienen dann weitere Werke, die sich theoretisch mit dem Imperialismus befassten. Zu nennen wären Rosa Luxemburg (*Die Akkumulation des Kapitals*, 1913), Karl Kautsky (1914) und vor allem Lenin. Aber auch bürgerliche Autoren wie etwa Joseph Schumpeter (1919) und Max Weber (1921) haben über den Imperialismus geschrieben.

Dementsprechend findet man heute in der einschlägigen Literatur zwei deutlich verschiedene Imperialismusbegriffe. Einen bürgerlichen und einen linken, marxistischen Imperialismusbegriff.

Das bürgerliche Verständnis von Imperialismus ist durch zwei sich eigentlich widersprechende Ansätze gekennzeichnet. Der eine Ansatz besteht darin, den Begriff Imperialismus relativ eng auszulegen. Die Bezeichnung Imperialismus wird dann für den Zeitraum reserviert, für den der Kolonialismus besonders typisch war. Die bürgerliche Geschichtswissenschaft versteht unter dem Zeitalter des Imperialismus

dementsprechend hauptsächlich die Zeit von 1870 bis 1914/18. Danach kommt, nach dieser Auffassung, der Imperialismus zu seinem Ende, spätestens mit der Auflösung der Kolonialreiche.

Der andere Ansatz arbeitet mit einer Ausweitung des Begriffs. Dabei wird auf die wörtliche Bedeutung des Wortes Imperialismus zurückgegriffen. So kann alles als Imperialismus bezeichnet werden, was mit der Etablierung von Herrschaft verbunden ist, insbesondere wenn diese im historischen Vergleich als bedeutend einzustufen ist, etwa aufgrund ihrer großen Ausdehnung. Von den Gründen und Antriebskräften, die einer solchen imperialen Herrschaft zugrunde liegen, wird dabei meistens abstrahiert. Dadurch wird Imperialismus unabhängig von der Gesellschaftsformation Kapitalismus verwendbar und kann auf die verschiedensten Epochen angewandt werden. Denn Herrschaft gab es natürlich auch schon in vorkapitalistischen Zeiten.

Ein gewisses kritisches Potential bleibt dem Begriff Imperialismus auch im bürgerlichen Verständnis erhalten, denn der Aufbau eines Imperiums und dessen immer größere Ausdehnung umfasst meistens auch die Errichtung von Herrschaft über andere Völker, Länder oder Nationen. Das kollidiert mit dem Ideal der Selbstbestimmung. In der politischen Publizistik bleibt Imperialismus deshalb negativ besetzt und wird vor allem als Bezeichnung für die Herrschaft von jenen anderen, von denen man sich distanzieren will, verwendet.

Das trifft auch beim bürgerlichen Imperialismus-Vorwurf gegenüber Russland zu. Dieser passt zur Zeit einfach gut in die anti-russische Propaganda.

Für das marxistische Verständnis von Imperialismus ist der Zusammenhang mit dem Kapitalismus von zentraler Bedeutung. Es besteht der Anspruch, die Ursache des Imperialismus in letzter Instanz aus der kapitalistischen Ökonomie ableiten zu können.

Bei der Ausformulierung der marxistischen Imperialismustheorie kommt Lenin ein besonders großer Einfluss zu. Seine Schrift *Der Im-*

perialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus gilt für viele Marxisten nach wie vor als ausschlaggebend. Lenin hat diese Schrift im Schweizer Exil bis Mitte 1916, also während des I. Weltkriegs, geschrieben. Die Erstveröffentlichung erfolgte 1917 in Russland, bereits nach dem Sturz des Zaren, aber noch vor der Oktoberrevolution.

Lenin bezieht sich oft zustimmend auf Hobson, den er immer wieder zitiert. Gleich am Anfang seines Textes gesteht er Hobson, trotz Abgrenzung von dessen persönlichen Positionen, Folgendes zu: „Der Verfasser, der die Position des bürgerlichen Sozialreformers und Pazifismus vertritt, ... gibt eine sehr gute und ausführliche Beschreibung der grundlegenden ökonomischen und politischen Besonderheiten des Imperialismus.“ (Lenin Werke, Bd. 22, S. 199) Desgleichen bezieht sich Lenin auf *Das Finanzkapital* (1910) von Rudolf Hilferding. Auch hier distanziert er sich von den (hauptsächlich nach 1910 eingenommenen) Positionen des Autors, behält aber den positiven Bezug zum Inhalt des *Finanzkapital* aufrecht.

Ein besonderes Anliegen war Lenin die Kritik an den Vorstellungen Karl Kautskys zum Imperialismus im Allgemeinen und an dessen Überlegungen zum sogenannten Ultraimperialismus im Besonderen. Das betont Lenin im Vorwort und er verwendet einen erheblichen Teil seiner Schrift für scharfe Kritik und Polemik gegen den „Opportunisten Kautsky“. Heute sind die Thesen zum Ultraimperialismus weitgehend vergessen (deshalb wird hier auch nicht weiter darauf eingegangen). Damals war das aber anders. Kautsky genoss großes Ansehen in der Arbeiterbewegung, deshalb war es Lenin wichtig, dessen Ansichten zu widersprechen.

Lenin entfaltet seine Argumentation zur Charakterisierung des Imperialismus in fünf Themenbereichen, denen er jeweils ein eigenes Kapitel widmet. Seine Analyse untermauert er durch viele Daten und Statistiken von zeitgenössischen bürgerlichen Ökonomen. Dazu merkt er an „... waren wir absichtlich bestrebt, möglichst viele Äußerungen bürgerlicher Ökonomen zu zitieren, die sich gezwungen sehen, besonders unbestreitbar feststehende Tatsachen aus der neuesten Öko-

nomik des Kapitalismus anzuerkennen.“ (ebd., S. 271)

Den Kern der Argumentation fasst Lenin folgendermaßen zusammen: Die fünf grundlegenden Merkmale von Imperialismus sind: „1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ‚Finanzkapitals‘; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied zum Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die Großmächte ist beendet. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch internationale Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“ (ebd., S. 270, 271)

Nach diesen schwerpunktmäßig die Ökonomie behandelnden Kapiteln zieht Lenin einige weitere Schlussfolgerungen. Im Monopol sieht er den Grund für eine gewisse Trägheit beim Vorantreiben der Produktivkraftentwicklung und deshalb den Keim von Stagnation und Fäulnis (ebd., S. 281). Des weiteren sieht er „... das außerordentliche Anwachsen der Klasse oder, richtiger, der Schicht der Rentner, d.h. Personen, die vom ‚Kuponschneiden‘ leben, Personen, die von der Beteiligung an irgendeinem Unternehmen völlig losgelöst sind, Personen, deren Beruf der Müßiggang ist. Die Kapitalausfuhr, eine der wesentlichen ökonomischen Grundlagen des Imperialismus, verstärkt diese völlige Isolierung der Rentnerschicht von der Produktion noch mehr und drückt dem ganzen Land, das von der Ausbeutung der Arbeit einiger überseeischen Länder und Kolonien lebt, den Stempel des Parasitismus auf.“ (ebd., S. 281) Diese Aspekte des faulenden, parasitären Kapitalismus wird an mehreren Stellen aufgegriffen, an einer Stelle ist auch vom Imperialismus als sterbendem Kapitalismus die Rede (ebd., S. 307).

Angesichts des Weltkrieges war es für Lenin entscheidend, den revolutionären Kampf zu forcieren. Das Ziel konnte für ihn nur die Überwindung des Kapitalismus und damit gleichzeitig auch des Imperialismus sein. Deshalb kämpfte er gegen alle falschen Kompromisse, die dieses Ziel hätten gefährden können. Das war auch ein Grund für das große Engagement gegen jede Art von Opportunismus. Die Charakterisierung des Imperialismus als höchstes und gleichzeitig letztes Stadium des Kapitalismus hat Lenin in der Einschätzung bestärkt, dass revolutionäre Umwälzungen nahe bevorstehen. Zum damaligen Zeitpunkt (1916/17) waren solche Einschätzungen auch realpolitisch begründet. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der deutschen und französischen Übersetzung seiner Schrift (1921) konnte er darauf verweisen, dass mit der Oktoberrevolution die große Umwälzung bereits eingeleitet war.

Nach diesem längeren Exkurs wollen wir wieder zur Eingangs gestellten Frage zurückkommen. Ist das heutige Russland imperialistisch? Alle oben genannten linken Wortmeldungen berufen sich bei ihrer Einschätzung auf Lenin. Köbele und Gerns, die in ihrer Aussage vorsichtig sind, berufen sich auf die fünf von Lenin aufgestellten Merkmale.

Das geht dann bei Köbele so: „Diskussionen gibt es unter uns (also der DKP), ob sich die Russische Föderation bereits im imperialistischen Stadium der Entwicklung des Kapitalismus befindet.

Ihr wisst, dass Lenin fünf Merkmale für die Charakterisierung des Imperialismus benennt, von denen drei sich auf die Entwicklung der nationalen Ökonomie und zwei auf die Entwicklung internationaler Verhältnisse beziehen. Wenn wir diese drei Merkmale auf Russland anwenden, dann ist das erste, ‚Konzentration der Produktion und des Kapitals und Bildung von Monopolen, von denen jeweils einige wenige ganze Industriezweige beherrschen‘, in Russland sicherlich gegeben. Es spricht viel dafür, dass das zweite, ‚Die Verschmelzung der Monopole in der Industrie und im Bankwesen zum Finanzkapital‘, gegeben ist. Bei beidem sollten wir allerdings im Auge behalten, dass als geschichtliche Besonderheit des Übergangs zum Kapitalismus durch eine Konterrevolution ein hoher



Einflussgrad und Eigentumsanteil des kapitalistischen Staates gegeben ist. Das ist ein Unterschied zu hochentwickelten staatsmonopolistischen Gesellschaften wie etwa Deutschland, den USA, Frankreich oder Britannien. Ein weiterer Unterschied ist die Entwicklung der russischen Monopole und Oligarchen aus dem sowjetischen Volkseigentum. Das gleicht eher den Prozessen der ursprünglichen Akkumulation als den Prozessen der Entstehung der westlichen Monopole im Konkurrenzkampf bei der Herausbildung des Imperialismus.

Das dritte Charakteristikum, dass ‚der Kapitalexport gegenüber dem Warenexport vorrangige Bedeutung gewinnt‘, scheint mir in Russland nicht erfüllt zu sein. Die Kapitalabflüsse aus Russland gehen zu großen Teilen in Steuerparadiese wie Zypern, die Schweiz oder Luxemburg. Diese dienen nicht dazu, sich direkt in andere Kapitalien einzukaufen, wie es aus meiner Sicht beim von Lenin genannten Kapitalexport gemeint ist. Eins von drei Kriterien ist meines Erachtens nicht erfüllt. Ich neige deshalb zur Position, dass es sich bei Russland um ein kapitalistisches Land handelt, das das imperialistische Stadium noch nicht erreicht hat.“

Willi Gerns argumentiert in seinem Beitrag in den marxistischen Blättern von 2015 ähnlich. Er sieht auch die fünf Kriterien nur teilweise erfüllt und will deshalb die Frage, ob Russland imperialistisch sei, nicht mit einem eindeutigen Ja beantworten.

Das Problem bei solchen Argumentationen ist, sie beziehen sich zwar auf Lenin, weichen aber von der Vorgehensweise Lenins ab. Die genannten fünf Kriterien dienen Lenin nicht dazu, den Übergang von einzelnen Ländern in das Stadium des Imperialismus zu beschreiben. Ihm geht es immer um den Imperialismus als Stadium des Kapitalismus als Ganzes, um Imperialismus als eine Phase des Kapitalismus im Weltmaßstab. Nie verwendet er die Kriterien, um damit einzelne Länder als mehr oder weniger imperialistisch zu differenzieren. Dabei waren die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern zu seiner Zeit bedeu-



tend, was er auch klar so benennt. Z.B. die Unterschiede zwischen dem zaristische Russland und den fortgeschrittensten Ländern. Russland hinkte in seiner ökonomischen Entwicklung deutlich hinterher. Ganz offensichtlich war das bezüglich der Kapitalexporte. Russland exportierte wenig Kapital, im Gegenteil, es importierte viel Kapital, besonders in Form von Anleihen aus Frankreich. Diese Tatsache wird von Lenin ausführlich beschrieben, ohne dass er deshalb irgendwie daran denkt, das zaristische Russland nur als eingeschränkt imperialistisch zu bezeichnen.

Und warum hat Lenin das nicht getan? Weil er den Imperialismus als ein Stadium des Kapitalismus im Weltmaßstab sah. Die Phase des Imperialismus beginnt, wenn der Kapitalismus als Ganzes die in den fünf Kriterien beschriebenen Eigenschaften erreicht. Ausschlaggebend sind die ökonomischen Verhältnissen im Durchschnitt der Länder, unabhängig davon, ob einzelne Länder weiter fortgeschritten sind oder hinter dem Durchschnitt zurückbleiben. Die konkrete Ausprägung des Imperialismus war damals die kolonialistische Aufteilung der Welt. Wie weit sich einzelne Länder daran beteiligten, war weniger eine Frage ihres ökonomischen Entwicklungsstands, sondern mehr davon abhängig, welche Machtressourcen sie dafür mobilisieren konnten. Das Verhalten des zaristischen Russland war in dieser Beziehung eindeutig. Es hat sich an der imperialistischen Aufteilung der Welt beteiligt. Das Vordringen nach Zentralasien, die Abgrenzung von Einflusszonen mit Großbritannien in Persien und Afghanistan und der Krieg mit Japan 1905 sprechen eine klare Sprache.

Das Ausmaß des Kapitalexports eines einzelnen Landes als Kriterium für dessen Einstufung als imperialistisch zu verwenden, ist also problematisch. Es wird hier nicht die Meinung vertreten, dass man von den Positionen Lenins nicht abweichen dürfte bzw. sie nicht weiterentwickeln könnte. Aber das sollte dann auch so benannt werden und vor al-

lem müsste es inhaltlich begründet werden.

So gesehen ist die Argumentation derer, die Russland in Bezugnahme auf Lenins Schrift als imperialistisch einstufen, (SDAJ, MLPD, KKE) in sich logischer. Diese geht in etwa so: Der Kapitalismus befindet sich nach wie vor in der Phase des Imperialismus. Russland ist ein kapitalistisches Land, das mit anderen kapitalistischen Ländern um Macht und Einfluss konkurriert. Damit ist es auch imperialistisch.



Ist damit die Frage geklärt? Bei genaueren Hinsehen zeigt sich, nein. Denn gegenwärtig sind fast alle Staaten kapitalistisch, irgendwie konkurrieren auch alle um Macht und Einfluss, wenn auch auf jeweils unterschiedlichen Niveau. Sind deshalb fast alle Staaten imperialistisch?

Damit sind wir an einem Punkt, bei dem uns die Schrift Lenins nicht weiterhelfen kann. Das liegt vor allem daran, dass es zu Zeit Lenins neben den europäischen Mächten, plus den USA und Japan, fast nur Kolonien, Halbkolonien und sonstige abhängige Gebiete gab. Bei Kolonialreichen sind die Verhältnisse klar, es braucht keine weiteren Kriterien, um festzustellen, wer die Imperialisten und wer die Leidtragenden sind. Heute dagegen gibt es ausschließlich formal gleichberechtigte Staaten. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten werden über den kapitalistischen Weltmarkt abgewickelt, auf dem sich ebenfalls formal gleichberechtigte Wirtschaftssubjekte gegenüberstehen.

Dass aber real eine ökonomische Ungleichheit besteht, ist offensichtlich. Üblicherweise wird zwischen den kapitalistischen Zentren und

der Peripherie unterschieden und die Zentren werden ebenfalls üblicherweise mit Imperialismus assoziiert. Die Gleichsetzung kapitalistisches Zentrum = Imperialist hat natürlich eine gewisse Plausibilität, aber sie erfolgt nicht nach klaren Kriterien. Denn es gibt eigentlich keine solchen (bei Marxisten allgemein akzeptierten) Kriterien. Die fünf Kriterien Lenins können es jedenfalls nicht sein (zumindest nicht eins zu eins, ohne Veränderungen), denn die beziehen sich auf eine andere historische Konstellation und letztlich auf eine andere Fragestellung. Nicht überraschend fällt das bei einem Land wie Russland auf, das durch seinen Entwicklungsstand und durch seine Geschichte nicht so ohne weiteres in das übliche Schema einzuordnen ist. Es ist aber nicht das einzige Land, das nicht oder nicht mehr ins Schema passt.

Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, die geänderten Verhältnisse erfordern eine Aktualisierung der Theorie des Imperialismus. Wir müssen die Zeitgebundenheit der leninschen Schrift akzeptieren und dürfen nicht erwarten, darin Antworten für alle heute relevanten Fragen zum Imperialismus zu finden.

Lenin hat des öfteren die Wichtigkeit von konkreten Analysen der Verhältnisse hervorgehoben. Deshalb war es vermutlich auch nicht seine Absicht, zeitlose und endgültige Aussagen über den Imperialismus zu treffen. Wie dem auch sei, seither sind gut 100 Jahre vergangen. Heute wissen wir, Stagnation und Fäulnis haben sich nicht als entscheidend für die weitere kapitalistische Entwicklung erwiesen. Die mit der Charakterisierung des Imperialismus als letztem Stadium des Kapitalismus verbundene Erwartung einer baldigen revolutionären Umwälzung ist so nicht eingetreten bzw. letztlich gescheitert.

Der Gang der Geschichte hat in den 100 Jahren zu vielen einschneidenden Veränderungen geführt, ökonomisch und politisch. Als wichtige Stationen wären zu nennen: Das nicht stattgefundene Übergreifen der russischen Revolution auf weitere Länder, die Weltwirtschaftskrise ab 1929, das Erstarken des Faschismus und seine Niederlage im 2. Weltkrieg, der

Aufstieg der Sowjetunion zur Supermacht, der Aufschwung des Kapitalismus nach 1945 in den entwickelten Ländern, der ein vorher nie dagewesenes Konsumniveau für die breite Bevölkerung ermöglichte, die Revolution in China, die Auflösung der Kolonialreiche, der Zusammenbruch der Sowjetunion, die Wiedereinführung des Kapitalismus in China und dessen Aufstieg zur Weltmacht, der beginnende Aufstieg ehemaliger Kolonien (z.B. Indien) zu Großmächten.

Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, weder behauptet sie die politische Gleichwertigkeit der genannten Ereignisse, noch soll die gewählte Formulierung (Wiedereinführung des Kapitalismus in China) ein abschließendes Urteil darstellen. Sie soll nur kurz skizzieren, was berücksichtigt werden muss, wenn man Aussagen zum heutigen Stand der kapitalistischen Entwicklung, den vorherrschenden Widersprüchen und wichtigen weltpolitischen Tendenzen treffen will.

Nun ist es nicht so, dass Marxisten in der jüngeren Vergangenheit sich nicht mit diesen Ereignissen auseinandergesetzt hätten. Es gibt dazu viele interessante Publikationen. Aber es gibt keine, die die notwendigen Folgerungen für eine aktualisierte Einschätzung des Imperialismus zieht. Zumindest keine, die eine genügend breite Anerkennung gefunden hätte, um Lenins Schrift als die Referenz in Sachen Imperialismus zu ergänzen oder gar abzulösen.

Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit dem Imperialismus ist selbstverständlich die kapitalistische Produktionsweise mit ihren Bewegungsgesetzen. Die ökonomische Basis für Imperialismus ist nach wie vor der Zwang, die Verwertung des Kapitals für immer größer werdende Kapitalmassen sicherzustellen. Das Ausmaß der Geschäfte muss expandieren, Schranken, die das verhindern, müssen überwunden werden. Die expansiven Tendenzen sind unlösbar mit dem Kapitalismus verbundenen. Deshalb reproduziert sich Imperialismus ständig aus der kapitalistischen Basis heraus, auch wenn sich die konkreten Bedingungen, unter denen das passiert, genauso wie die Erscheinungsformen verändern können.

Darauf aufbauend müsste eine Untersuchung des gegenwärtigen Kapitalismus im Weltmaßstab erfolgen. Ein wesentliches Charakteristikum der kapitalistischen Welt ist die Aufspaltung in Zentren und Peripherie. Auf einer sehr grundsätzlichen Ebene wäre zu klären, wo (in den Zentren bzw. der Peripherie) jeweils wie viel Mehrwert produziert wird und wer sich diesen letztlich aneignen kann. In anderen Worten, es müsste untersucht werden, wie heute Ausbeutung im internationale Maßstab stattfindet. Dabei müsste auch der Frage nachgegangen werden, ob und unter welchen Bedingungen nicht nur Kapitalisten, sondern auch andere Klassen vom Gefälle Zentrum-Peripherie begünstigt werden. Darauf aufbauend könnten die für die heutige Zeit typischen Erscheinungsformen des Imperialismus analysiert werden, ökonomisch und politisch.

Das Verhältnis Zentrum-Peripherie war und ist nicht statisch. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hat es diesbezüglich erhebliche Veränderungen gegeben. Am offensichtlichsten ist der Aufstieg Chinas. Aber das ist keineswegs die einzige Veränderung. Sicher ist es heute notwendig, das Schema Zentrum-Peripherie weiter zu differenzieren, denn es gibt zu große Unterschiede bei den Ländern außerhalb der Zentren, um sie alle in einer Gruppe zusammenzufassen. Vielleicht müssen verschiedene Peripherien differenziert werden. Eventuell ist daran zu denken, Länder mit mittleren Entwicklungsstand einerseits von den hochentwickelten Zentren und andererseits von der weniger entwickelten Peripherie abzugrenzen. Die sogenannten BRICS-Staaten könnten der Kern einer solchen Mittelgruppe sein.

Von besonderer politischer Relevanz ist die Frage, ob bei den Ländern einer solchen Mittelgruppe übergeordnete gemeinsame Interessen anzunehmen sind. Wenn ja, wäre zwischen ihnen so etwas wie ein „natürliches“ Bündnis gegen die hochentwickelten Zentren möglich, wenn nein, wären höchstens Zweckbündnisse zu erwarten, die punktuell und vorübergehend gemeinsame Interessen vertreten. Vertieft zu klären wäre auch das Verhältnis der Mittelgruppen-Staaten zu den anderen Ländern der Peripherien, genauso



wie das Verhältnis aller Peripherieländer untereinander.

Aufbauend auf der Basis von solchen allgemeinen Überlegungen, könnten dann einzelne Länder mit ihren spezifischen Gegebenheiten einbezogen und ihre Stellung im Weltkapitalismus bestimmt werden.

Wenn das geleistet ist, lässt sich eine inhaltlich abgestützte Antwort auf die Frage geben, welche Rolle im Imperialismus diesem Land zukommt. Begnügt man sich mit weniger, besteht die Gefahr, nicht über eine oberflächliche Etikettierung hinauszukommen. Eine Etikettierung, die vermeintlich Klarheit schafft, aber die meisten wichtigen Fragen ungeklärt lässt.

Nachweise und Literatur:

https://www.sdaj.org/2022/02/25/zum-krieg-in-der-ukraine/?fbclid=IwAR2pn8UZoh_8Js0tH17pU2gOto2ijCFHRnOfP1viJxqAkqgWjcGBvmvD_s, Erklärung der SDAJ vom 25.02.2022

<https://www.mlpd.de/2022/03/gefaehrliches-spiel-mit-dem-feuer-eines-weltkriegs-keine-nato-in-die-ukraine-abzug-der-russischen-truppen>, Erklärung der MLPD vom 11.03.2022

<https://inter.kke.gr/de/articles/resolution-des-zentralkomitees-der-kke-ueber-den-imperialistischen-krieg-in-der-ukraine/>

Referat von Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, zu Hintergründen und Standpunkten zum Krieg in der Ukraine auf der 10. Tagung des DKP-Parteivorstandes am 9./10. April in Essen

Willi Gerns, *Das Putinsche Russland, Machtverhältnisse und Politik*, Marxistische Blätter, Heft 1-2015, 53. Jahrgang, S. 67-77

W.I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in W.I. Lenin, *Lenin Werke*, Band 22, Dietz Verlag Berlin 1974

„Der Westen“ und China: Der sich nähernde Weltkonflikt

Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen den entwickelten Ländern des Westens und der VR China (Teil 2)



US-Flugzeugträger und Begleitschiffe im südchinesischen Meer

Vor zwei Jahren versah die Überschrift den „nächsten Weltkonflikt“ noch mit einem Fragezeichen („Der nächste Weltkonflikt?“, *Arbeiterstimme* Nr. 210 vom Winter 2020). Absicht dieses Updates ist es, den Stand der Auseinandersetzung heute zu skizzieren und dort schärfer zu fassen, wo es die Fakten zulassen.

Vorweggenommen sei aber auch, dass der Konflikt nach Ansicht des Verfassers eingeeht und sich eben noch nicht entfalten kann. Dies gilt für alle multiplen Konfliktfelder dieses Verhältnisses und niemand kann sagen, wie rasch sich die Situation zuspitzt. Dass sich die Lage aber verschärfen wird, ist in den letzten beiden Jahren wahrscheinlicher geworden.

Der Ausgangspunkt

Gründe dafür gibt es mehrere und alle lassen sich, ohne sie zu priorisieren, auf krisenhafte Entwicklungen im Weltmaßstab zurückführen. Offen sichtbar sind etwa die ökonomisch-politischen Folgen der weltweiten Pandemie, die in Europa als „Störung der Lieferketten“ auftreten. Gerade wenn diese Ketten in Asien, und damit häufig in China, beginnen, wird an den Covid-Strategien dieser Länder herumkritisiert. Ganz so, als sei es nicht deren Recht, Schutzstrategien für sich

festzulegen. Die widersprüchlichen und rasch wechselnden Maßnahmen in Europa und den USA waren jedenfalls keine große Hilfe, die Pandemie weltweit in den Griff zu bekommen. Deren Opferzahlen sprechen Bände, ohne von den „freien Medien“ noch groß wahrgenommen zu werden. Und man möge auch nicht vergessen, dass es gerade die rigorosen Reaktionen auf Krankheitsausbrüche in China waren, die 2020 eine rasche Fortführung der Produktion von Pandemieschutzmitteln, Medikamenten und vielem anderen ermöglichte.

Stattdessen wird ob der ach so schlimmen Abhängigkeit lamentiert, in die Europa – gegen den eigenen Willen? – geraten sei. Effekt dieser Klage ist aber nicht, dass der Westen ernsthaft tragfähige Alternativen in der erforderlichen Größenordnung entwickelt. Das wäre erst mit größtem Zeitvorlauf, einem kaum zu beziffernden Kapitaleinsatz und einer konsistenten, untereinander arbeitsteiligen Strategie zu leisten. Dazu sind weder der gesellschaftliche Konsens noch der politische Gestaltungswille vorhanden. Die tatsächliche Bedeutung des Lamentos liegt vielmehr darin, China als Handelspartner in Verzug zu bringen und die Öffentlichkeit für anstehende „Gegenmaßnahmen“ zu sensibilisieren. Die Menschen hier sollen an den Gedanken gewöhnt werden, dass China nicht zu trauen sei

und chinesische Betriebe und Fonds, die nach kapitalistischer Manier Investitions- und Erweiterungsmöglichkeiten in anderen Wirtschaftsräumen suchen, zu Recht daran gehindert werden müssen.

Der Wirtschaftskonflikt

Waren unter der Trump-Regierung Strafzölle noch das erste Mittel der Wahl, um seine ressentimentgeladene Anhängerschaft zufrieden zu stellen, hat sich – wie erwartet – inzwischen deren begrenzte Wirksamkeit erwiesen.

Die Verschränkung der Wirtschaftsräume ist zu eng und die gegenseitigen Abhängigkeiten sind zu hoch, um mit diesen primitiven Begleitmitteln allein der anderen Seite zu schaden. Diese Erfahrung steht dem europäischen Raum noch weitgehend bevor. Deshalb werden die protektionistischen Maßnahmen vor allem von deutscher Seite auf einem unspektakulären, wenig wahrnehmbaren Niveau gehalten. Bei den Russland-Sanktionen hat sich ja gezeigt, dass es besser sein könnte, die Backen nicht allzu sehr aufzublasen, wenn man selbst eher kurzatmig veranlagt ist.

Das bedeutet aber nicht, dass nicht weiter versucht wird, die Entwicklung Chinas zumindest empfindlich zu stören, besser noch, ins Stocken zu bringen. Beispielhaft dafür ist die Situation

um die stark monopolisierte Fertigung von Microchips. Vom Westen ist sie ausgemacht als eine Schlüsseltechnologie in Gegenwart und Zukunft. China hat Entwicklung, Erzeugung und massenhafte Herstellung der Halbleitertechnologie in seinen Entwicklungsplan „Made in China 2025“ aufgenommen. Dass Taiwan in dieser Frage eine zentrale Rolle einnimmt, verschärft die Auseinandersetzung zwischen China und, in erster Linie, den USA ganz wesentlich. Die USA

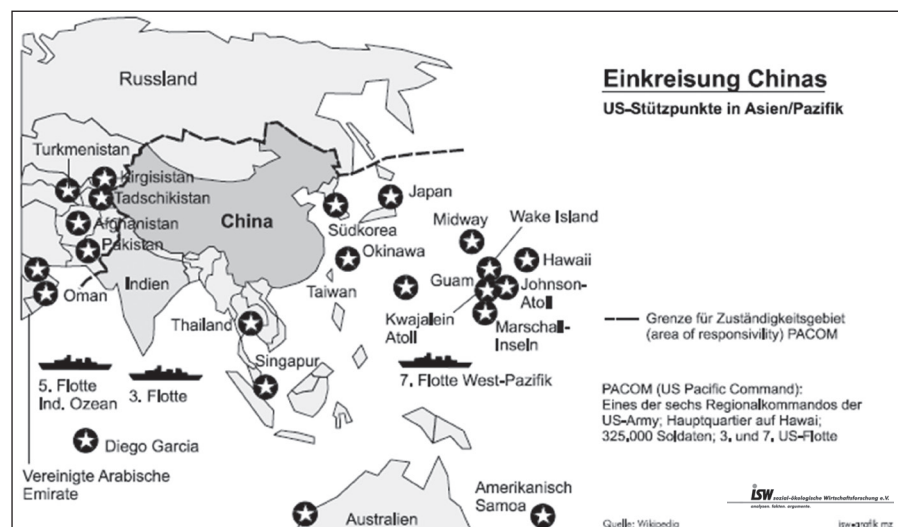
die Firma, diesem Beschluss Folge zu leisten, wird sie landesweit sanktioniert, von US-Auftragsvergaben oder möglichen Förderprogrammen ausgeschlossen. Schließlich droht die Sanktionierung der Handelspartner und damit praktisch das wirtschaftliche Aus. Die USA gerieren sich als die Beherrscher der Weltwirtschaft, die dort ihre strategische Gewalt einsetzen, wo ihre technologischen Fähigkeiten nicht (mehr) hinreichen. Noch sind sie sich sicher, dass ihre Kapital-

meinsamen Ziel der Kapitalakkumulation. Wenn dies politisch verhindert werden soll, muss entsprechender regulativer und militärischer Druck auf die Wirtschaftsakteure ausgeübt werden. Die um den Kern eines Weltsystems gruppierten Staaten werden sich für eine Seite entscheiden müssen und sind damit den Sanktionen der anderen ausgeliefert.

So weit ist es noch nicht und es gibt auch gute Gründe dafür, diese Pläne nicht zu realisieren. Wichtig ist aber festzuhalten: Während der letzten beiden Jahre tauchen solche und ähnliche Überlegungen nicht mehr nur als Gedankenspiele von Beratern und Thinktanks in der Diskussion auf. Vieles wird in die heutigen politischen Entscheidungen bereits „eingepreist“, was zuvor noch Außenseitermeinung war oder worüber es vertragliche Einigungen gab, die jetzt aber nicht mehr gelten (vgl. ausgelaufene Abrüstungsvereinbarungen, NATO-Erweiterung, Sonderetats für die Rüstung).

Der strategische Konflikt

Die VR China stellt durch ihre bloße politische Existenz, ihr kapitalistisches Wirtschaftssystem bei gleichzeitig sozialistisch legitimierter politischer Ordnung, und ihrem Entwicklungsstand als Nummer 2 der Weltwirtschaft die größte Herausforderung des Westens dar, die es jemals gab. Ihre fehlende Teilintegration in die vordefinierten Spielregeln des globalen Kapitalismus, spricht die verweigerte Unterordnung unter die unipolare Supermacht der USA und ihrer Bündnisse im Geflecht der neuerdings so gerne zitierten „regelbasierten Ordnung“, stellt langfristig die größte Niederlage des Westens dar. Daraus einen Sieg zu machen, fordert die etablierten Beherrscher der Welt heraus wie nichts zuvor. Der Preis dafür geht weit über einen möglichen militärischen Konflikt hinaus und setzt die Lebensgrundlagen der Mehrheit der Weltbevölkerung aufs Spiel. Wenn also der Konflikt zwischen dem Westen und China (und ihren jeweiligen „Alliierten“) nicht auf die Spitze getrieben wird, dann steht das Zögern dahinter, die eigenen Existenzgrundlagen zu riskieren. Eine Lebensversicherung für die Welt ist dies leider nicht (mehr), plötzliche, eruptive Verschärfungen können, wie der als



werden auf die ostasiatische Produktion und das Knowhow aus Taiwan, Südkorea und in steigendem Umfang auch der VR China weder kurz- noch mittelfristig verzichten können, ohne ihre Führerschaft im Westen zu riskieren. Weder die eigene Innovationsfähigkeit noch milliardenschwere Förderprogramme verändern diese Lage auf unbestimmte Zeit. Deshalb setzt ein Strategiewechsel in jüngster Vergangenheit einen neuen Schwerpunkt, um dem asiatischen Konkurrenten zu schaden. Die inzwischen üblich gewordenen Hochtechnologie-Exportverbote ergänzen die USA mit ihrem bestimmenden Einfluss auf die Gegebenheiten und Regularien des Welthandels. So berichtet die *Financial Times* am 21. August 2022, dass Fusionen/Übernahmen von an US-Börsen gelisteten ausländischen Halbleiterunternehmen durch chinesische Firmen oder Kapitalfonds unterbunden werden müssen, falls „die Transaktion ein potenzielles Risiko für die nationale Sicherheit der USA darstelle.“ Forschung oder Produktion in den USA sind in diesem Fall kein Kriterium, entscheidend ist allein die Zugriffsmöglichkeit über den Kapitalmarkt. Weigert sich

macht ausreicht, mögliche Konkurrenten frühzeitig gefügig zu machen oder sie klein zu halten. Noch gibt es keine „2. Weltwirtschaft“, die parallele Kreisläufe beschreiben kann ohne Abhängigkeit von der US-Dominanz, auch wenn die Idee naheliegt und einige Entwicklungen des vergangenen Halbjahres als mögliche Vorläufer- und Teststadien gesehen werden können. China beabsichtigt, mit zwei Wirtschaftskreisläufen zu operieren, einem extern ausgerichteten, der Export wie Import umfasst, sowie einem inneren, hauptsächlich auf die chinesischen Ressourcen gestützten. Damit möchte man die Erpressbarkeit entscheidend reduzieren. Doch gibt es für die Umsetzung zu viele unbekannte Faktoren, als dass dies in absehbarer Zeit ohne gefährliche Verwerfungen im Innern und Krisen im Verhältnis zu anderen Staaten gelingen könnte. Es gibt eben (noch) keine zwei, je auf eine Supermacht fixierte Staatengemeinschaften, die (relativ) getrennt voneinander existieren können. Zwei Systeme, die sich wirtschaftspolitisch nahezu identisch kapitalistisch verhalten, sind nicht denkbar ohne die Grenzen sprengende Konkurrenz im ge-

Provokation beabsichtigte Besuch von Pelosi auf Taiwan gezeigt hat, auf unterschiedlichen Problemfeldern auftreten und neue Sachstände bewirken.

Schließlich bauen die NATO und ihre Partnerbündnisse, vor allem in Asien, ihre Gegnerschaft unterhalb der Kriegsschwelle weiter aus. Die Einkreisungspolitik, die Neuauflage dessen, was die Sowjetunion permanent bedrohte, ist auf der Weltbühne zurück; diesmal mit dem Ziel, die VR China zu isolieren. Da China keinem

stabile Beziehungen über längere Zeiträume nicht in Sicht. Die strategische Ausrichtung beider Staaten ist zu verschieden, ihre Ausgangsposition wie ihre geografischen Interessen gehen so weit auseinander, dass eine kontinuierliche Zusammenarbeit schwer vorstellbar ist. Die gegenwärtige Koalition ist aus der Not geboren und erfasst wenig mehr als die Belange der Wirtschaft. Gegenseitige Solidaritätserklärungen, die auf dem gegenwärtigen russischen



Da war das Tischtuch noch nicht durchgeschnitten: Mao und Chruschtschow 1958

Militärbündnis angehört, ist es ihm auch nicht möglich, die „Bündnispartner“ zur weiteren Aufrüstung anzutreiben und deren Außen- und Handelspolitik den eigenen Bedürfnissen anzupassen.

China hält bislang dagegen, indem es seinen Einfluss vor allem über Handels- und Wirtschaftsbeziehungen geltend macht. Wohl wissend, dass der Westen in dieser Breite keine lohnenswerten Wirtschafts-, Handels- oder Finanzierungsalternativen anbietet. Damit soll der aggressive Einfluss des Westens abgeschwächt und, wenn möglich, neutralisiert werden. Das Land hat in den letzten Jahren politische Gruppenformate entwickelt, die aber (noch) keinen festen Bündnischarakter aufweisen, der substanziell über wirtschaftliche Vereinbarungen hinausgeht. So ist es für China eine Zeitfrage geworden, berechenbare Unterstützung bei Bündnispartnern zu gewinnen.

China und Russland?

Die Annäherung zwischen China und Russland erfüllt diese Erwartung nur unzureichend. Vor allem sind

Krieg und seinen internationalen Folgen fußen, besitzen nur eine geringe politische Halbwertszeit. Schwerer wiegen aber die instabilen Beziehungen im letzten Jahrhundert, die beide Länder miteinander verbanden. Ihre Gemeinsamkeit besteht in den vielen schroffen Wendungen in der Politik, die alle Schattierungen zwischen Todfeindschaft und Freundschaftsvertrag umfassten und die immer abrupt erfolgten.

Beider Verhältnis zueinander wird von den vorgegebenen internationalen Bedingungen bestimmt, auf die sie nur zu einem geringen Teil eigenen Einfluss haben.

Der militärische Konflikt

Die (drohende) militärische Konfrontation soll zu einer anderen Zeit beleuchtet werden. Vor allem soll die Rolle Deutschlands in dieser auf China und die USA fokussierten Auseinandersetzung näher untersucht werden, da hier weitere Positionierungen und Legitimierungen auftreten, die im Verhältnis der Großmächte zueinander eine geringere Bedeutung einnehmen.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 216 Sommer 2022, 32 S.

- Russland und seine Stellung in der Welt
- Deutsche Medien und deutsche Parteien in Kriegszeiten
- Ökonomische Folgen des Krieges
- Der Zustand der Partei Die Linke
- Der Georg, sein Jesus und die Kartonagen
- Rezensionen:
Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg
Sozialismus ohne Basis

Nr. 215 Frühjahr 2022, 36 S.

- Der Krieg gegen die Ukraine
- Zeitenwende ohne Widerstand?
- Der NATO-Prolog des Ukraine-Krieges
- Die Seuche und die Reichen
- Klassenanalyse: eine Aktualisierung – Teil II
- Neue Klassen in der spätmodernen Gesellschaft?
- Klassismus, ein neuer Begriff im linken Milieu
- Chile nach den Wahlen – Ein linker Erfolg?

Nr. 214 Winter 2021/2022, 32 S.

- Bundestagswahl und Außen- und Sicherheitspolitik
- Klassenanalyse: eine Aktualisierung
- Die Linke – ein Absturz mit Ansage
- Stärkste Kraft im Osten: AfD
- Brief aus Großbritannien
- Kuba im Juli 2021 – Frust oder Konterrevolution?
- Rezension: Die Rente
- „GDL und Bahnstreik“

Nr. 213 Herbst 2021, 28 S.

- Der Westen gibt in Afghanistan auf
- Afghanistan: eine erste Bilanz
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil VI und Abschluss
- Der Kern des Bahn-Streits
- Nachruf auf Esther Bejarano
- Rezension: Eva kam aus Afrika...

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org



Rüstung und Soziale Frage

Dieser Artikel wurde auf dem Frühjahrsseminar in München als Referat vorgestellt und mit Überarbeitungen Mitte Juni abgeschlossen. Er sollte bereits in der letzten Nummer der ARSTI erscheinen, wurde aber aus Platzgründen in die Herbstnummer verschoben

Über das Sondervermögen von 100 Mrd. € und die angestrebte Anhebung der Rüstungsausgaben auf 2 % des BIPs wurde ja schon viel berichtet. Ein Teil der Bevölkerung befürwortet das, ein nahezu ebenso großer Anteil ist dagegen. Gefragt, ob das so gemacht werden soll, wurde keiner.

Vertraut man der Kriegsministerin Lambrecht, der ihre neue Rolle sichtlich gefällt, ist das ja auch gar nicht nötig, denn es handle sich ja gar nicht um Aufrüstung, sondern gewissermaßen nur um Nachrüstung. In Wirklichkeit handelt es sich um das größte Aufrüstungsprogramm der Nachkriegsgeschichte.

Es handelt sich hier um eine fundamentale Abkehr von den Prinzipien bundesdeutscher Außenpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, insbesondere dem „Prinzip militärischer Zurückhaltung“.

„Gunst“ der Stunde nutzen

Anders als die Bundesregierung vorgibt, steht das Gesetzesvorhaben nur scheinbar in einem direkten Zusammenhang mit dem russischen Krieg in der Ukraine. Denn die Waffensysteme, die die Bundeswehr anschaffen möchte, sind nicht für die Ukraine und ihre militärische Selbstverteidigung gegen den russischen Angriff bestimmt und sie werden auch

keinen Einfluss auf den Kriegsverlauf nehmen. Es handelt sich also beim Sondervermögen und der dafür erforderlichen

Grundgesetzänderung um eine politische Grundsatzentscheidung.

Die Regierung tischt uns das Märchen auf, dass Deutschland für Friedenspolitik, Abrüstung, Rüstungskontrolle, zivile Konfliktlösungen, Entspannung, Kooperation und Entwicklungszusammenarbeit stehe. Durch den russischen Angriff sei Deutschland aber nun zum Aufbau einer „militärisch wehrhaften Demokratie“ gezwungen.

In Wirklichkeit wurde die Aufrüstung schon im Koalitionsvertrag vom November 2021 niedergelegt, das heißt deutlich vor den ersten Warnungen der CIA im Dezember bezüglich der Entwicklung in der Ukraine. Bereits hier bekennt sich die Bundesregierung zur Anhebung des Rüstungsetats auf mindestens 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zur Erfüllung des 2%-Ziels der NATO. Konkret sollen neue Kampfflugzeuge und bewaffnungsfähige Drohnen angeschafft werden.

Doch die Aufrüstung begann tatsächlich bereits 2014. Damals wurde sie mit der Annexion der Krim durch Rußland sowie den Bedrohungen durch den „Islamischen Staat“ im Irak und in Syrien gerechtfertigt.

Die SiKo 2014 in München war ein Einschnitt. Damals sprachen der frühere Bundespräsident Gauck, die damalige Verteidigungsministerin von

der Leyen und Bundeskanzlerin Merkel von „neuen Bedrohungsszenarien“, die eine „Zäsur“ in der deutschen Außenpolitik erforderlich machten. Die bundesdeutsche „Politik der militärischen Zurückhaltung“ wurde zum Auslaufmodell erklärt; Deutschland solle in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen. Aber auch damals war die These einer „reaktiven Zäsur“ ein Mythos, weil diese Zäsur und die dazugehörigen Aufrüstungsbestrebungen – man müsse von einem „Sicherheitskonsumenten“ zu einem „Sicherheitsproduzenten“ werden – schon lange vor der russischen Annexion der Krim und der Identifizierung des „Islamischen Staats“ als Bedrohung von der damaligen Bundesregierung festgelegt worden waren.

Auch hier standen die wichtigsten Passagen bereits im Koalitionsvertrag der Regierung von 2013. Dessen Grundlage bildete u.a. die Studie „Neue Macht – neue Verantwortung“ der Stiftung Wissenschaft und Politik und des German Marshall Fund. Diese Studie war eine Reaktion auf die deutsche Enthaltung im Libyen-Krieg.

Die deutsche „Zurückhaltung“ im Irak und in Libyen war der Stimmung in der deutschen Bevölkerung geschuldet, die mehrheitlich gegen eine Kriegsbeteiligung durch die Bundeswehr eingestellt war. Nun scheint die Stunde günstig und wird auch genutzt, um die Menschen in Deutschland von der Notwendigkeit von Waffenlieferungen an die Ukraine und einer generellen Aufrüstung zu überzeugen; wird doch in der Ukraine nichts weniger als unsere Demokratie und unsere Freiheit held:innenhaft verteidigt. Die Propaganda verfehlt

ihre Wirkung nicht, wie sich an der in Umfragen festgestellten wachsenden Zustimmung der Bevölkerung zu Waffenfieferungen zeigt.

(Über Aufrüstung und die Militarisierung haben wir in der Vergangenheit immer wieder berichtet. Verwiesen sei hier u.a. auf die Ausgaben 2014 Nr. 183: „Der Krieg beginnt hier“ und 2019 Nr. 203: „Neue Aufrüstung – Militarisierung internationaler Politik“)

Die furchtbaren Bilder der Zerstörungen, Kriegstoten und flüchtenden Menschen in der Ukraine heute also als günstigen Zeitpunkt zu nutzen und sie zum Vorwand zu nehmen, um politische Ziele umzusetzen, die mit diesen Schrecknissen nichts zu tun haben und die gesellschaftlich in der Geschichte der Bundesrepublik immer höchst umstritten waren, ja immer wieder von großen Mehrheiten abgelehnt worden sind, ist zynisch und politisch unaufrichtig.

Die Bundesregierung hält sich an die altbewährte Taktik, die seit dem Ende des Kalten Krieges von allen Bundesregierungen geübt worden ist, wenn es darum ging, die Bundeswehr zu einer „Out-of-Area-Armee“ umzubauen und die bundesdeutsche Bevölkerung auf Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland vorzubereiten - Einsätze, die im Widerspruch stehen zum im Grundgesetz verankerten Auftrag der Bundeswehr zur Landesverteidigung und auch prinzipiell im Widerspruch zur Mehrheitsmeinung in der deutschen Bevölkerung.

Es begann mit den ersten vorsichtigen Versuchen, die Bundeswehr – nur zu humanitären Zwecken, wie sich versteht – in Auslandseinsätze zu schicken. Die Bevölkerung konnte sich so an die Bilder von Bundeswehrler:innen im Ausland gewöhnen. Die von der Bundeswehr sind ja die guten; morden tun andere Soldat:innen. Dann kamen die Steigerungen Jugoslawien, Kosovo, Afghanistan (Deutschland musste bekanntlich am Hindukusch verteidigt werden) und Mali. Das Fiasko von Kabul letztes Jahr machte wieder deutlich, dass mit Kriegen kein dauerhafter Frieden und der Aufbau einer Zivilgesellschaft erreicht werden kann. Mit ihrem Leben bezahlen musste es meist die Zivilbevölkerung mit Hunderttausenden von Opfern; die Kriegsgewinne stecken die Rüstungskonzerne ein.

Der Märchen von der kaputtgesparten Bundeswehr

Der Mythos, dass die Bundeswehr kaputtgespart wurde und chronisch unterfinanziert ist, wird u.a. von der Wehrbeauftragten Eva Högl (SPD) eindrucksvoll durch die Aussage veranschaulicht, dass es im Baltikum nicht mal für anständige Unterhosen reiche. Panzer, die nicht fahren, Hubschrauber, die nicht fliegen und Luftwaffenflugzeuge, die Kanzler- und Minister:innen zu spät zu internationalen Gesprächsrunden bringen, vervollständigen das Bild. Die Menschen schütteln nur den Kopf über diese Zustände, anstatt sich die Frage zu stellen, wie denn so etwas bei einem jährlichen Etat im zweistelligen Milliardenbereich möglich sein kann.

Das Ganze ist eine bewusst losgetretene Desinformationskampagne von Rüstungslobbyist:innen innerhalb und außerhalb des Verteidigungsministeriums.

Denn Expert:innen haben längst festgestellt: Nicht mangelnde Finanzen sind das Problem, sondern verkrustete Strukturen bei der Beschaffung sowie strukturelle Defizite bei Entwicklung und Produktion. Bereits im Februar 2014 kam eine unter Verteidigungsministerin von der Leyen in Auftrag gegebene Untersuchung über Bundeswehr-Großprojekte zu dem Ergebnis, „dass eine Optimierung des Rüstungsmanagements in nationalen und internationalen Großprojekten dringend und ohne Verzug geboten ist. Waffensysteme kommen um Jahre zu spät, Milliarden teurer als geplant – und dann funktionieren sie oft nicht einmal richtig oder haben Mängel“. Im ersten „Bericht zu Rüstungsangelegenheiten 2015“ hieß es, die untersuchten Rüstungsgroßprojekte wiesen eine durchschnittliche Verspätung von 51 Monaten auf und lägen insgesamt 12,9 Milliarden Euro über dem ursprünglich geplanten Preis. Der Bericht vom Dezember 2021 unterscheidet sich davon kaum.

Fakt ist: Der Militäretat ist von rund 24 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf etwa 32,5 Milliarden Euro im Jahr 2014 angestiegen. Es folgten weitere Etatsteigerungen auf 34,3 Milliarden Euro in 2016, 38,5 Milliarden Euro in 2018 und schließlich 46,9 Milliarden Euro im Jahr 2021.

Im von Bundesfinanzminister Lindner (FDP) im Bundestag präsen-

tierten Haushaltsentwurf 2022 sind bis jetzt für den Verteidigungshaushalt 50,3 Milliarden Euro eingeplant.

Im Militärjargon klingt das dann so, wie es der der Generalinspekteur der Bundeswehr, Eberhard Zorn, in seinem Tagesbefehl vom 1. März darstellt. Mit dem in Aussicht gestellten Sondervermögen von 100 Milliarden Euro solle in kürzester Zeit „eine leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr, die uns zuverlässig schützt“, geschaffen werden. Mit dem Milliardenpaket werde die Grundvoraussetzung dafür geschaffen, dass die „... gesicherte Bereitstellung der erforderlichen Fähigkeiten in der gesamten Bandbreite militärischer Verpflichtungen ermöglicht wird. So werden wir auch den Zusagen gegenüber unseren Partnern und Alliierten in der EU und in der NATO wie auch den Erwartungen an Deutschland als Führungsnation absehbar gerecht.“

Nimmt man alle Rüstungsausgaben zusammen, verfügt Deutschland dann nach den USA und China über den drittgrößten Militärhaushalt der Welt.

Christian Lindner hat das Ziel vorgegeben: Die Bundeswehr soll zu einer der stärksten und schlagkräftigsten Armeen in Europa aufgebaut werden.

Kriegsverlängernde Maßnahmen

Waffenlieferungen – auch deutsche – tragen zur Verlängerung des Krieges bei und stehen einer schnellen Beendigung im Weg. Ein über Jahre dauernder Krieg ist dann nicht mehr auszuschließen. Die Folgen werden Hunderttausende von Toten sein, durch die Zerstörung von Städten, Industrieanlagen und der Infrastruktur wird die Ukraine in Schutt und Asche gelegt und in einen Friedhof verwandelt werden. Es werden sich noch viel mehr Menschen auf die Flucht begeben müssen.

Je länger der Krieg andauert und je verheerender die Schäden und Folgen sind, umso schwieriger wird es sowohl für die Ukraine als auch für Rußland, gesichtswahrend aus dem Krieg herauskommen zu können, denn zu viel Leid wurde erlitten und zu viel Hass erzeugt. Trotzdem kann es nur eine Verhandlungslösung geben, denn auch wenn von der Leyen ankündigte, dass „die Ukraine diesen Krieg gewinnen muss“ und Rußland

ihn demnach nicht gewinnen darf, ist die Realität eine andere. Denn eine militärische Niederlage Rußlands oder gar eine Kapitulation wird es nicht geben. Eine solche Verhandlungslösung wird nicht ohne besonnene Politik und intensive Vermittlungsbemühungen von außen erfolgen. Danach sieht es momentan allerdings nicht aus: Baerbock spricht davon, Rußland „ruinieren“ zu wollen und die US-Regierung hat erklärt, ihr strategisches Ziel sei die „dauerhafte Schwächung“ Rußlands bzw. ein Regime-Change, wie sich Biden „verplapperte“. Damit ist eine militärische Eskalation nicht ausgeschlossen.

Mit den Waffenlieferungen und den Schulungen ukrainischer Soldat:innen kommt Deutschland einer „aktiven Kriegsbeteiligung“ immer näher. Die Einschätzung, wann dieser Punkt erreicht ist, liegt allein bei der russischen Regierung. Damit droht jedoch nicht nur eine Situation, in der die Kriegsparteien alle ihnen zur Verfügung stehenden Waffen auch tatsächlich zum Einsatz bringen (im Falle Rußlands eben auch Atomwaffen). Es besteht auch die realistische Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen der NATO und Rußland, also das Szenario eines dritten Weltkriegs.

Der russische Angriff auf die Ukraine bietet der NATO die perfekte Gelegenheit, aufzurüsten und die westliche Außenpolitik zu militarisieren, sowie ihrer Erweiterung um Finnland und Schweden. Mit erschreckenden Bildern werden die Leiden der ukrainischen Bevölkerung instrumentalisiert, um jahrzehntelang geltende Grundsätze zu entsorgen. Eine massive Hochrüstung der Armeen der europäischen Staaten schafft weder einen neuen und sichereren Frieden, noch hilft dies den Menschen in der Ukraine. Die Welt befindet sich in einem neuen globalen Wettrüsten, das die Welt nicht friedlicher und nicht sicherer macht.

Unsere Forderung an den deutschen Staat ist: Keine Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet, keine Verletzung des Grundgesetzes und verstärkte Vermittlungsbemühungen und verhandeln, verhandeln, verhandeln, um den Krieg mit diplomatischen Mitteln zu beenden.

Zur Sozialen Frage

Die Finanzierung der Aufrüstung durch das „Sondervermögen“ und die Umsetzung des 2%-Ziels wird zwangsläufig Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich nach sich ziehen. Zur Zeit sind zwar noch keine konkreten Zahlen und Vorhaben bekannt geworden, aber nach allen Erfahrungen werden wohl auch diesmal „die kleinen Leute“ für die Kosten der Kriege und deren Folgen aufkommen müssen. Der Präsident des Bundessozialgerichts, Rainer Schlegel, hält z.B. einen weiteren Ausbau des Sozialstaats angesichts des Ukraine-Kriegs und der Klimaziele für unmöglich. Vielmehr müsse nach seiner Ansicht auf Leistungen verzichtet werden.

Die Krisen- und Kriegsgewinnler:innen werden sicherlich auch dieses Mal verschont bleiben, weil das deutsche Steuerrecht das angeblich nicht hergibt.

In der Bundesregierung ist Streit vorprogrammiert, wenn die SPD, wie versprochen, das Rentenniveau von 48 Prozent halten will, d.h. nicht noch mehr Altersarmut als schon bisher zu tolerieren, während dagegen der Bundesfinanzminister versprochen hat, die Schuldenbremse durchzusetzen. Diejenigen Kräfte, denen in der Regierung und in der Opposition der Sozialstaat schon immer ein Dorn im Auge gewesen ist, d.h. der FDP, der CDU/CSU unter Friedrich Merz und der AfD, wird diese Situation zupass kommen. Mit Christian Lindner hat die konservative Opposition einen Verbündeten im Amt des Bundesfinanzministers. Von seinen Beratern wird bereits ins Feld geführt, dass man wegen des Sondervermögens strukturelle Mehrausgaben im Sozialbereich wohl nicht realisieren könne. Die jetzt stattfindende Verschuldung sei in den nächsten anderthalb Jahrzehnten abzutragen. Die von Armut betroffenen und bedrohten Teile der Gesellschaft, die immer größer werden, und denen das Geld angesichts explodierender Miet- und Lebensmittelpreise heute schon am Monatsende nicht reicht, können sich aber die in Folge des Sondervermögens kommende Sozialabbaupolitik nicht leisten, bloß, weil die Logik des Militärischen heute alles dominiert.

Vom DGB und den Einzelgewerkschaften wird „die dauerhafte Aufsto-

ckung des Rüstungshaushalts zur Erfüllung des 2 %-Ziels der NATO weiter kritisch beurteilt. Notwendige Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation und in die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates dürfen nicht zur Disposition stehen.

Die Pläne für das neue Sondervermögen zeigen auch: Es ist allein eine Frage des politischen Willens, ob neue Kredite aufgenommen werden. Es gibt also keinen Grund, die notwendigen 50 Mrd. € jährlich für zusätzliche Investitionen in die Transformation zu verweigern. Wo bleibt das Sondervermögen „Sozial-ökologischer Umbau?“ (DGB klartext 12/2022 1. April).

Nicht in Frage gestellt werden von der DGB-Führungsrige allerdings die „militärische Friedenssicherung“ und die Fähigkeit Deutschlands, „sich zu verteidigen und seine Bündnisverpflichtungen zu erfüllen“.

Wohlthuend heben sich da Stellungnahmen und Resolutionen wie z.B. die des ver.di-Gewerkschaftsrates zum Krieg in der Ukraine ab, in dem es u.a. heißt: „... Wir wollen keinen neuen Rüstungswettkampf ... Wir treten als ver.di gleichzeitig dafür ein, die Diskussion um mehr Sicherheit in Europa nicht in erster Linie aus einer militärischen Perspektive heraus zu führen ... Unser Ziel bleibt eine Welt mit weniger Waffen, insbesondere streben wir nachdrücklich eine dauerhafte atomare Abrüstung an. Wir wollen keinen neuen Rüstungswettkampf, der auch dazu führt, dass Gelder für die dringlichen Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau fehlen oder dem Sozialstaat entzogen werden. Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf einen dauerhaften Anteil von zwei Prozent am Bruttoinlandsprodukt, wie es das NATO-Ziel vorsieht, lehnen wir daher ab. Unsere Perspektive ist ein Europa mit einer erweiterten gemeinsamen Sicherheit aller Mitglieds- und Nachbarländer, die auch soziale und ökologische Nachhaltigkeit einschließt. ...“

Auch zum 1. Mai haben Deutsche Gewerkschafter vor Sozialabbau und einem Rüstungswettkampf angesichts des Ukraine-Krieges gewarnt. Der damalige Vorsitzende des DGB, Reiner Hoffmann, sagte mit Blick auf die Erhöhung des Wehretats: „Wir brauchen dieses Geld für Zukunftsinvestitionen in die Transformation. Und wir brauchen es für die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaats.“ Er trat für „anständige Tarife und mehr Tarifbindung sowie eine

Lohnuntergrenze, die vor Armut schützt“ ein. Das Entlastungspaket der Ampel-Koalition gegen die stark steigenden Energiepreise sei richtig, aber nicht ausreichend. Rentner müssten einbezogen und arme Menschen stärker entlastet werden, verlangte der DGB-Chef. IG-Metall-Chef Jörg Hofmann sprach sich dagegen aus, den Verteidigungshaushalt dauerhaft auf über zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Der Ukraine-Krieg dürfe nicht als Anlass für eine neue Aufrüstungsspirale genutzt werden. Verdi-Chef Frank Werneke warnte vor einem Rüstungswettlauf. Ziel bleibe aber eine Welt mit weniger Waffen. *„Wir wollen keinen neuen Rüstungswettlauf, der auf Kosten der dringlichen Investitionen in Soziales, in Bildung und den Schutz des Klimas geht.“*

Der Tarifabschluss für die rund 330.000 Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungswesen spricht da allerdings eine andere Sprache und zeigt, wohin es geht.

Ergänzungen zur sozialen Frage von Anfang September

In den Tarifverhandlungen konnten die Gewerkschaften in den letzten Monaten etwas bessere Ergebnisse erstreiten. Zur anstehenden Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie erklärte der erste Vorsitzende Jörg Hofmann, dass man auf eine „*kräftige Lohnerhöhung*“ dränge. *„Warnstreiks sowie weitere betriebliche Aktionen seien möglich, um den Forderungen, wenn nötig, Nachdruck zu verleihen.“* Das 8 %-Ziel der IG Metall in der anstehenden Tarifrunde stellt schon eine Steigerung dar, bedeutet aber bei den Teuerungen immer noch einen deutlichen Reallohnverlust. DGB-Vorsitzende Fahini erklärte im Spiegel, man werde sich angesichts der steigenden Preise „*genau Gedanken machen, wie wir unserer Stimme noch mehr Gewicht verleihen – in den Betrieben oder auf Demonstrationen.*“

Wie die Kosten des Krieges eingebracht werden sollen, ist noch nicht in allen Einzelheiten ausgemacht. Die alte Wahrheit, dass „die kleinen Leute“ für die Kosten des Krieges und dessen Folgen aufkommen müssen, trifft wohl auch diesmal zu. Die Kriegsgewinne der Mineralölkonzerne, der Rüstungsindustrie und anderer Bereiche scheinen in Deutschland tabu zu sein und sollen nicht angetastet wer-

den. Der Unmut in der Bevölkerung wächst, das weiß auch die Regierung. Es werden große Demonstrationen befürchtet, ja sogar von Aufständen war schon die Rede. Da wurden vorsichtshalber Überlegungen zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren angestellt. Außerdem wurde eine Diffamierungskampagne gegen potenzielle Demonstrationen vom Zaun gebrochen, die angeblich von Extremisten von Links und Rechts gesteuert würden. Dass dabei Links und Rechts gleichgesetzt wird, versteht sich ja von selbst. Potenzielle Teilnehmer*innen sollen auch mit der Unterstellung, sie seien die fünfte Kolonne Putins, abgeschreckt werden – Kriminalisierung eingeschlossen.

Zur Ruhigstellung der Bevölkerung stellte die Bundesregierung letzte Woche ihr „Drittes Entlastungspaket“ vor, das von Kanzler Scholz wieder mit den Worten „You'll never walk alone, wir werden niemanden allein lassen“ verkauft wurde. Es soll ein Volumen von rund 65 Mrd. Euro haben.

Der Armutsforscher Christoph Butterwegge kritisierte, dass die Umverteilung von unten nach oben durch das dritte Entlastungspaket in keiner Weise gelindert werde. Für viele Menschen werde es im Winter nur um die inhumane Alternative gehen: hungern oder frieren. (*junge Welt* 12.9.2022).

Sarah Wagenknecht ging in ihrer Rede im Bundestag u.a. darauf ein: *„Aus Russland kommt kein Gas mehr, und die Energiepreise sind so hoch, dass es vielen Betrieben das Genick bricht und Millionen Menschen in Armut und Verzweiflung getrieben werden. Daran ändert auch das neue Entlastungspäckchen wenig, das die Bevölkerung mit Kleinbeträgen und vagen Versprechungen ruhigstellen soll. Die Ampel steuert unser Land in eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe. Jeder dritte Betrieb ist existenzgefährdet, selbst ein Blackout beim Strom ist nicht mehr ausgeschlossen, und während Öl- und Rüstungskonzerne Rekordgewinne vermelden, sollen Verbraucher in Deutschland über eine Gasumlage, die sich Wirtschaftsminister Habeck von der Energielobby diktieren ließ, noch zusätzlich blechen.“* (*junge Welt*, 9. 9. 2022) Die Distanzierung des Linken-Vorstands von Wagenknechts Rede und die erneuten Forderungen nach ihrem Ausschluss sagen vieles aus über die Bewusstseinslage und den Zustand der Partei Die Linke in dieser Frage.

Das Paket, von Sarah Wagenknecht treffend als „Päckchen“ bezeichnet, soll hier nicht im Einzelnen vorgestellt werden. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass hier nicht viel wirklich Neues erarbeitet wurde. In erster Linie wurden Fehler und Ungerechtigkeiten aus den letzten Paketen korrigiert, aber keine zusätzlichen zielgerichteten Hilfen auf den Weg gebracht, die auch den Ärmsten in der Grundsicherung in diesem Herbst substantiell Unterstützung und Entlastung bringen würden. Die angekündigten „zielgenauen“ Hilfen für Arme sind in dem Paket deutlich zu vermissen. Im Gegenteil, die 300 Euro für alle Rentnerinnen und Rentner und die pauschale Erhöhung des Kindergelds bekommen alle, auch diejenigen, die nun wirklich nicht darauf angewiesen sind. Wer hat, dem wird gegeben!

Es sei deutlich gesagt: Um zu zeigen, dass die Betroffenen mit dieser Umverteilung von Unten nach Oben nicht einverstanden sind und um wirklich zielgenaue Nachbesserungen zu erreichen, muss der Protest auf die Straße getragen werden.

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

Unsere europäischen Werte: 1,21 Euro Mindestlohn in der Ukraine



Die Ukraine ist korrupt – wissen wir, macht nichts, ist ja für die gute Sache. Aber die ärmste und kränkste Bevölkerung, Land als Drehscheibe der europaweiten Niedrigstlöhnerie und des Zigarettenschmuggels, Weltspitze beim Handel mit dem weiblichen Körper – und mehr Soldaten als jeder europäische NATO-Staat.

Von Werner Rügemer.

Bei der ersten Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in der Ukraine, im Jahre 2015, betrug er 0,34 Euro, also 34 Cent pro Stunde. Danach wurde er erhöht: 2017 betrug er 68 Cent, 2019 betrug er 10 Cent mehr, also immerhin 78 Cent, und seit 2021 liegt er bei 1,21 Euro. Schon mal gehört?

Selbst dieser Niedrigstlohn wird nicht immer bezahlt

Das bedeutet natürlich nicht, dass dieser Mindestlohn in diesem Staat tatsächlich korrekt bezahlt wird. Bei einer vollen Arbeitswoche im Jahre 2017 betrug so der monatliche Mindestlohn 96 Euro. Aber zum Beispiel in der Textil- und Lederindustrie kam dieser Mindestlohn bei einem Drittel der meist weiblichen Beschäftigten nur durch erzwungene und nicht eigens bezahlte Überstunden zustan-

de. Auch Bezahlung nach Stücklohn ist verbreitet – die bestimmte Zahl an Hemden muss in einer Stunde fertiggenäht sein; wenn das nicht klappt, muss unbezahlt nachgearbeitet werden.

Wenn keine Aufträge vorlagen, wurde unbezahlter Urlaub angeordnet. Der gesetzlich zustehende Jahresurlaub wurde vielfach nicht gewährt bzw. nicht bezahlt. Die Unternehmensleitung verhinderte die Wahl von Belegschaftsvertretungen. Mit diesem Mindestlohn lagen die Menschen weit unterhalb des offiziellen Existenzminimums: Es betrug im besagten Jahr 166 Euro.

Die Hungerlohn-Kette aus der Ukraine in die EU-Nachbarstaaten

Es gibt etwa 2.800 offiziell registrierte Textilunternehmen, aber auch eine vermutlich ebenso hohe Zahl an nicht registrierten Kleinunternehmen. Sie bilden seit Jahrzehnten eine ganz normale Schattenwirtschaft, oft in Kleinstädten und Dörfern.

Dabei rangieren die meisten dieser Unternehmen nur als Zweitklasse-Zulieferer für die international besser vernetzten Billigproduzenten in den benachbarten EU-Staaten, vor allem in Polen, aber auch in Rumänien und Ungarn.

So gehen 41 Prozent der Schuhe als Hungerlohn-Halbfertigware aus der Ukraine erstmal in die Niedriglohnfabriken Rumäniens, Ungarns und Italiens: Dort kriegen sie dann das unschuldige und schöne Etikett „Made in EU“.

Textilbeschäftigte selbst können sich nur Second-hand-Importe aus Deutschland leisten

Die Mehrheit der etwa 220.000 Textilbeschäftigten sind ältere Frauen. Sie halten sich nur durch eigene Subsistenzwirtschaft über Wasser, etwa durch einen eigenen Garten mit Hühnerstall. Krankheiten wegen Mangelernährung sind verbreitet.

Ihre eigenen Kleider kaufen die Textilarbeiterinnen meist aus Second-hand-Importen: Die kommen vor allem aus Deutschland, Polen, Belgien, der Schweiz und den USA. Die Ukraine importiert nämlich viel mehr Textilien als sie exportiert.

Die teuren, in der Ukraine vorproduzierten Importe von Boss und Esprit aus dem reichen EU-Westen sind für die reiche Elite und die NGO-Blase in Kiew bestimmt – während die Mehrzahl der Importe billigste Second-hand-Textilien sind. Die Textilarbeiterinnen, aber auch die Mehrheit der Bevölkerung können sich nur

die fast kostenlosen Wegwerf-Textilien aus den reichen Staaten leisten.¹

Aber westliche Gewerkschaften und „Menschenrechtler“ blicken immer noch nach Asien und Bangladesh, wenn es um menschenrechtswidrige Niedriglöhnerei in der Textilindustrie geht. Obwohl die Niedriglöhne in der Ukraine viel niedriger sind. Auch bei den aktuellen Diskussionen in der EU und im Deutschen Bundestag über ein Lieferkettengesetz: Da geht der Blick weit hinaus, global, nach Asien, während die EU-ukrainische Armutskette verleugnet wird.

Hier sitzt sie, die Korruption: C&A, Hugo Boss, Adidas, Marks&Spencer, New Balance, Esprit, Zara, Mexx sind die profitierenden Endabnehmer. Sie leben von der menschenrechtswidrigen Ausbeutung. Hier in den reichen EU-Staaten sitzen die wichtigsten Akteure der Korruption. Klamheimlich begrüßen sie freudig die nicht vorhandene bzw. komplizenhafte Arbeitsaufsicht des ukrainischen Staates, und die EU deckt das systemische Arbeitsunrecht ebenfalls, mit rituell-heuchlerischer und folgenloser Anmahnung der Korruption in der Ukraine.²

Autozulieferer, Pharma, Maschinenbau

So ähnlich wie in der Textil- und Lederindustrie läuft es auch in anderen Bereichen. Die Ukraine war ein Schwerpunkt industrieller Produktion in der Sowjetunion. Nach der Selbstständigkeit 1991 übernahmen Oligarchen die Firmen, holten Gewinne raus, steckten nichts in die Innovation. Für westliche Firmen standen Millionen gut qualifizierter Beschäftigter bereit – zu Niedrigstlöhnen.

Tausende Unternehmen vor allem aus den USA und EU-Staaten – allein aus Deutschland etwa 2.000 – vergeben Zuliefer-Aufträge für eher einfachere Teile: Porsche, VW, BMW, Schaeffler, Bosch und Leoni etwa für Autokabel; Pharma-Konzerne wie

Bayer, BASF, Henkel, Ratiopharm und Wella lassen ihre Produkte abfüllen und verpacken; Arcelor Mittal, Siemens, Demag, Vaillant, Viessmann unterhalten Montage- und Verkaufsfilialen. Hier werden durchaus Löhne von zwei bis drei Euro gezahlt, also mehr als der Mindestlohn, aber eben noch niedriger als in den angrenzenden EU-Staaten Ungarn, Polen, Rumänien.

Deshalb sind die ukrainischen Standorte mit den Standorten derselben Unternehmen in diesen benachbarten EU-Staaten eng vernetzt, wo die gesetzlichen Mindestlöhne über 3 Euro und unter 4 Euro liegen. Die Vernetzung gilt aber genauso mit den noch ärmeren Nachbarstaaten Moldau, Georgien und Armenien, die nicht EU-Mitglieder sind. Hier werden ebenfalls Filialen betrieben. Im Zuge der „Östlichen Nachbarschaft“, organisiert von der EU, werden alle Unterschiede der Qualifikation, der noch niedrigeren Bezahlung ausgeglichen – mit der Ukraine als Drehtür.

Millionenfache Arbeitsmigration

Diese selektive Ausnutzung von Standortvorteilen durch westliche Kapitalisten hat nicht zur volkswirtschaftlichen Entwicklung geführt, im Gegenteil. Die Ukraine wurde volkswirtschaftlich verarmt. Die Bevölkerungsmehrheit wurde ärmer und kränker gemacht. Eine massenhafte Reaktion ist die Arbeitsmigration.

Sie setzte schon früh ein. Bis Ende der 1990er Jahre wanderten mehrere hunderttausend Ukrainer nach Russland aus. Die Löhne waren zwar nicht viel höher, aber in Russland schlagen nicht die exzessive Verwestlichung des Lebensstils und die Verteuerung der Lebenshaltungskosten für Nahrung, Mieten, Gesundheit und staatliche Gebühren durch.

Seit den 2000er Jahren und beschleunigt durch die Folgen des Maidan-Putsches 2014 sind etwa fünf Millionen UkrainerInnen als Arbeitsmigranten unterwegs – etwa zwei

Millionen mehr oder weniger dauerhaft im Ausland, etwa drei Millionen pendeln in die Nachbarstaaten. Insbesondere der polnische Staat, der ohnehin Ansprüche auf westliche Teile der Ukraine erhebt, fördert die Arbeitsmigration aus der Ukraine. Etwa zwei Millionen UkrainerInnen verdingen sich in Polen vor allem in niedrigen Diensten als Putzkräfte, Haushaltshilfen, Kellner, Altenbetreuer, LKW-Fahrer.³ In Polen blüht auch das Geschäft von Vermittlungsagenturen: Die erklären Ukrainer zu polnischen Staatsangehörigen und vermitteln sie etwa als häusliche Pflegekräfte nach Deutschland und in die Schweiz: Da wird dann schon mal der dortige Mindestlohn bezahlt, für eine 40-Stunden-Woche, aber in Wirklichkeit müssen die Pflegekräfte 24 Stunden in Bereitschaft sein, so steht es im Vertrag mit der polnischen Agentur.

Hunderttausende UkrainerInnen verdingen sich zudem dauerhaft, auf Zeit oder hin- und herpendelnd in Rumänien, Ungarn, der Slowakei und Tschechien, mit Mindestlöhnen zwischen 3,10 Euro und 3,76 Euro. Da freuen sich die UkrainerInnen, auch wenn sie ein bisschen unter diese Mindestlöhne gedrückt werden – das ist immer noch viel besser als in ihrer Heimat, und die Arbeitsaufsicht sagt nichts und die EU sagt auch nichts.

Studierende aus der Ukraine sind gern engagierte Saisonkräfte in der EU-Landwirtschaft. Allein in Niedersachsen sind es jährlich etwa 7.000 Studierende, die freilich nicht unbedingt studieren, sondern mit gefälschten Immatrikulationspapieren einreisen. Weder in der Ukraine noch in Deutschland wird kontrolliert, wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ergab.⁴

Mindestlohn in Litauen: 2015 betrug er 1,82 Euro, also fünf mal höher als damals in der Ukraine; 2020 betrug er 3,72 Euro. Die EU fördert den Ausbau Litauens zur europäischen Speditions-Zentrale: Mithilfe Künstlicher Intelligenz werden billige und willige LKW-Fahrer aus Drittstaaten wie Ukraine, Moldau, aber auch von weiter her wie von den Philippinen quer durch Europa gelenkt. Sie brauchen keine Sprache zu lernen, sie bekommen ihre Anweisungen über Smartphone und Navigator. So fehlten mit Beginn des Krieges in der Ukraine den Expeditionen in Litauen und Polen

1– Oksana Dutschak: *Sweatshops am Rande Europas. Wie Markenkleidung in der Ukraine genäht wird*, Bundeszentrale für politische Bildung 4.12.2017; siehe auch: *Clean Clothes Campaign: Länderprofil Ukraine 2017*, herausgegeben von der Rosa Luxemburg-Stiftung.

2– Werner Rügemeier: *Imperium EU. ArbeitsUnrecht, Krise, neue Gegenwehr*. Köln 2020

3– *Die nützlichen Migranten. Zwei Millionen Ukrainer in Polen*, Deutschlandfunk 27.2.2018

4– *Ukrainische Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft*, fes.de, 6.4.2022

plötzlich über 100.000 LkW-Fahrer – aus der Ukraine, sie durften wegen des Militärdienstes nicht mehr ausreisen.⁵

Frauen-Armut I: Es blüht die verbotene Prostitution

Der patriarchale Oligarchenstaat Ukraine hat die Ungleichheit zwischen Mann und Frau extrem vertieft. Mit 32 Prozent gender pay gap stehen ukrainische Frauen an der allerletzten Stelle in Europa: Im Durchschnitt bekommen sie ein Drittel weniger Lohn und Gehalt als ihre männlichen Kollegen, im Bereich Finanzen und Versicherung sind es bei gleicher Arbeit sogar 40 Prozent⁶ – der EU-Durchschnitt ist 14 Prozent. Wegen der patriarchalen Stereotype werden Frauen zudem besonders häufig in prekäre Teilzeitjobs abgedrängt, sogar noch weit mehr als in Merkel-Deutschland, das bei der Benachteiligung von Frauen unter den EU-Staaten mit an vorderster Stelle steht.

Zu dieser patriarchalen Frauen-Armut gehört das Verbot der Prostitution, die aber genau unter diesen Bedingungen besonders blüht. Auch Grundschullehrerinnen, die mit ihren 120 Euro im Monat nicht auskommen, zählen zu den geschätzten 180.000 Frauen, die in der Ukraine als Prostituierte arbeiten, geschiedene alleinstehende Frauen mit Kind, Arbeitslose.

Weil die Prostitution verboten ist, verdienen Bordellbetreiber ebenso mit wie Polizisten und Taxifahrer, weil sie durch Schweigen gute Einnahmen haben. Auch Privatwohnungen werden genutzt, wie die Bordelle in bester Lage in der Hauptstadt Kiew. Touristen werden angelockt – mit 80 Euro sind sie dabei. Acht Dienstleistungen pro Nacht – keine Seltenheit. Etwas weniger als die Hälfte der Einnahmen bleibt bei den Frauen. So manche hoffen auf eine Übergangszeit von einem Jahr, zwei oder auch drei Jahren. Oft vergeblich. Ein Drittel wird drogensüchtig, ein Drittel gilt als HIV-positiv.⁷

Nach der „Liberalisierung“ der Sexualdienste durch die Bundesregierung aus Schröder/SPD und Fischer/Grünen wurde Deutschland zum „Bordell Europas“. Die bundeseigene Entwicklungsgesellschaft GTZ warb in ihrem „Deutschland-Reiseführer für Frauen“ um Ukrainerinnen, die jetzt

gute Aussichten im Sex-Geschäft hätten. Viele kamen. Merkel-Deutschland wurde zum europäischen Zentrum für gewerbliche Prostitution, mehrheitlich zudem illegal und behördlich geduldet – günstige Bedingungen für Frauen, die nicht aus einem EU-Mitgliedsstaat kommen. So liegt es nahe, dass Zuhälter jetzt im Jahre 2022 flüchtende ukrainische Frauen schon an der Grenze anzuwerben versuchen.⁸

Frauen-Armut II: Der weibliche Körper als Nutzungsmaterial

Die Ukraine ist für westliche Unternehmen ein gefälliger Standort für Praktiken, die sonst verboten sind, ein tausendfach genutzter Standort für die US-geführte Globalisierung. Das gilt auch für die gewerbliche Nutzung des weiblichen Körpers, weit über illegale Prostitution hinaus.

Die Ukraine ist der globale hot spot für industrielle Leihmutter-

Euro liegen die Preise für ein gesund abgeliefertes Baby. Aus den USA, Kanada, Westeuropa, China kommen die Wunschkind-Touristen.⁹

Das Wunscheltern-Paar liefert in einer der Dutzend Spezialkliniken Ei und Samen ab. Die werden in der Retorte befruchtet. Dann wird das fremde Embryo der Leihmutter eingepflanzt. Diese trägt ein genetisch fremdes Kind aus. Das wurde in den USA entwickelt, ist aber viel teurer: Zwischen 110.000 und 240.000 Euro. In der Ukraine ist es weniger reguliert. Die austragende Frau darf genetisch nichts mit dem Kind zu tun haben, sie ist nur ein fremdes Werkzeug, das nach Benutzung sofort vergessen werden soll, gar nicht mehr existiert – und für die nächste Nutzung für ein ganz anderes fremdes Paar bereitsteht.

Die Preise unterscheiden sich je nachdem, ob die Wunscheltern für ihr bestelltes Baby ein bestimmtes Geschlecht haben wollen oder nicht: Ohne Geschlechtswahl kostet es bei



VittoriaVita UNSERE DIENSTLEISTUNGEN LEIHMUTTERSCHAFT IVF ÜBER UNS UNSER BLOG IMPRESSUM

**AGENTUR FÜR
LEIHMUTTERSCHAFT
VITTORIAVITA**

VittoriaVita ist eine führende Agentur für Leihmutter in der Ukraine. Wir bieten sowohl Unfruchtbarkeitsbehandlung als auch Programme der Leihmutter mit IVF, intrauterine Insemination, Spendereizellen und -samen an. Um nur die besten Ergebnisse zu erzielen, arbeitet unsere Agentur mit hochqualifizierten Experten auf dem Gebiet der Unfruchtbarkeit zusammen. Mehr als 500 unfruchtbare Paare aus der ganzen Welt sind seit 10 Jahren, dass wir geschäftlich tätig sind, glückliche Eltern geworden. Sie können ihren Traum, eine glückliche Familie zu schaffen, VittoriaVita vertrauen.

schaft, mit weitergehender „Liberalisierung“ als sonst. Die weit verbreitete Frauen-Armut bietet ein unerschöpfliches Reservoir.

Vittoria Vita, La Vita Nova, Delivering Dreams oder etwas prosaischer BioTex – unter solchen Namen preisen in Kiew und Charkiw Agenturen für Leihmutter ihre Dienste bzw. ihre Frauen an. In Katalogen werden, für zahlungskräftige Ausländer, hübsche gesunde Ukrainerinnen angeboten. Zwischen 39.900 und 64.900

BioTex 39.900 Euro, mit zweimaligem Versuch auf das gewünschte Geschlecht kostet es 49.900 Euro, und bei zahlenmäßig unbegrenzten Versuchen kostet es 64.900 Euro. Zu diesen Angeboten gehört die Hotel-Unterbringung, die Ausstellung der Geburtsurkunde und des Reisepasses im deutschen Konsulat. Bisher wurden mehr als 10.000 solcher Babys weltweit ausgeliefert.

Die Leih- oder Surrogatmutter – eine Leihmutterfirma trägt den dazu

5– Lastwagenfahrer fallen aus. Viele Ukrainer eingezogen, FAZ 9.3.2022

6– Gender Pay Gap in the Ukraine, globalpeoplestrategist.com/

7– Käufliche Liebe im Untergrund, Der Spiegel 30.6.2012

8– Ukrainerinnen auf der Flucht: „Oft schon an Grenze von Zuhältern angesprochen“, MDR Sachsen 3.6.2022

9– Geschäft mit dem Babyglück – Leihmütter in der Ukraine, arte-TV 29.1.2021; Babys für die Welt. Das Geschäft mit ukrainischen Leihmüttern, DLF/SWR/ORF 30.11.2021; In der Ukraine boomte das Geschäft mit der Leihmutter. Dann kam der Krieg, Stern 25.3.2022

passenden Namen: Surrogacy Ukraine – bekommt während der Schwangerschaft eine monatliche Prämie zwischen 300 und 400 Euro, nach gelungener Ablieferung des Produkts wird die Erfolgsprämie auf 15.000 Euro aufgestockt. Wenn es eine Fehlgeburt gibt, das Kind behindert ist oder dessen Annahme verweigert wird, bekommen die Leihmütter nichts. Deren seelische Verfassung bleibt unbeachtet, gegen gesundheitliche Schäden besteht keine soziale Absicherung. Untersuchungen über Langzeitfolgen werden nicht angestellt.

Null-Stunden-Verträge, Enteignung der Gewerkschaften

Die Selensky-Regierung erhöhte zwar den Mindestlohn auf 1,21 Euro, schwächt und zerstört aber gleichzeitig die ohnehin schon seit der Unabhängigkeit immer mehr geschwächten Gewerkschaften. Das Arbeitsgesetz vom Dezember 2019

„Aushandlung“ ist natürlich ein beschönigender Begriff für alternativen Angebote, was bei der hohen Arbeitslosigkeit kein Problem ist. In Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten – das sind über 95 Prozent der Unternehmen – können Tarifverhandlungen ausgesetzt werden. Die davon profitierenden Unternehmen sind insbesondere staatliche, dann die Agrar- sowie Nahrungsmittel- und Tabakkonzerne wie Nestle und Philip Morris.

Außerdem sollen die Gewerkschaften enteignet, das Vermögen soll eingezogen werden. Auch wenn sie geschwächt sind, so haben sie aus sowjetischer Zeit noch Grundstücke und teilweise große Häuser, und zwar in den Zentren der Städte. Für Selensky sind das „russische Überreste“ – also enteignen!

Hunderttausende Ukrainer protestierten gegen das neue Gesetz – darüber berichtete keine westliche

Enteignung und Verarmung der Bauern

Nach der Selbstständigkeit bekamen die etwa sieben Millionen Bauern aus ihren Kollektivfarmen im Durchschnitt etwa vier Hektar Land als Eigentum zugeteilt. Das ist zu wenig, um eine eigenständige Landwirtschaft zu betreiben. Deshalb verpachteten die Bauern bisher ihr kleines Land an in- und ausländische Oligarchen für eine niedrige Pachtgebühr, gegenwärtig im Durchschnitt für 150 Dollar pro Jahr, 2008 waren es noch 80 Dollar.

So hat etwa der Oligarch Andry Werewsky mit dem Konzern Kernel 570.000 Hektar Pachtland zusammengerafft, der Oligarch Oleg Bachmatjuk schaffte es mit UkrLandFarming auf 500.000 Hektar, der US-„Heuschrecken“-Investor NCH Capital aus New York brachte es auf 400.000 Hektar, der Oligarch Juriy Kosuk für MHP auf 370.000 Hektar, der Oligarch Rinat Achmetov für seine Agro-Holding auf 220.000 Hektar, während die Continental Farmers Group aus Saudi-Arabien „nur“ 195.000 Hektar pachtet. Schwedische und niederländische Pensionsfonds mischen mit. Aus Bayern kommen Klein-Oligarchen wie Dietrich Treis und Hans Wenzel, die zuhause 60 Hektar haben, in der Ukraine aber unvergleichlich günstig gepachtete 4.500 Hektar bewirtschaften.¹¹ Alexander Wolters aus Sachsen hat sich 4.200 Hektar zusammengepachtet, für 60 Euro pro Hektar im Jahr.¹²

Sie alle sind voll in die EU und den westlichen Weltmarkt integriert:

- Die rechtlichen und Steuersitze sind vorzugsweise in den EU-üblichen Finanzoasen Zypern, Luxemburg und der Schweiz, die ukrainischen Regierungen brachten Steuererlasse und Subventionen bei.
- Sie erhalten immer wieder hohe Kredite der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und der Europäischen Investitionsbank (EIB).
- Die Samen-, Düngemittel-, Pestizid- und Landtechnik ist v. a. in den Händen von US- und deutschen Konzernen wie Cargill, Archer Daniels, John Deere, Corteva, Bayer und BASF.



ist der bisherige Höhepunkt des extremen Arbeitsunrechts:

- Der Null-Stunden-Arbeitsvertrag ist zulässig: Arbeit auf Abruf. Wenn der Unternehmer Arbeit zu vergeben hat, holt er sich kurzfristig den Beschäftigten. Da kann die Zahl der Arbeitsstunden und das Arbeitseinkommen auch mal Null betragen.
- Entlassungen müssen nicht mehr begründet werden.
- Die individuelle Aushandlung der Arbeitsverträge wird gefördert –

Tagesschau. In einem gemeinsamen Brief vom 9. September 2021 haben die Internationale Gewerkschaftsföderation und die Europäische Gewerkschaftsföderation – ITUC, CSI, IGB – die ukrainische Regierung und das mit der Integration der Ukraine beauftragte EU-Komitee darauf hingewiesen: Die Ukraine verletzt mit dem neuen Arbeitsgesetz nicht nur alle Arbeitsrechte der UNO und der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, sondern auch die niedrigen Standards der EU – keine Reaktion.¹⁰

10– Sharan Burrow/ITUC and Luca Visentini/ETUC: Letter to Mr. Volodymyr Zelenskyy and others, Brussels 9 September 2021, pmginfo.dp.ua/images/photo-news/09_2021/original_lista.pdf

11– Ukraine-Krieg: Niederbayerischer Landwirt bangt um seine Mitarbeiter, Bayerischer Rundfunk 4.3.2022; ARD Tagesschau 17.5.2022

12– Deutsche Landwirte in der Ukraine ächzen über Preisschwankungen und Transportprobleme, [mdr.de](https://www.mdr.de) 21.5.2022

Hochbezahlte Manager führen die Geschäfte. Einige wenige der Bauern können zum Mindestlohn Hilfsdienste in diesem großflächig organisierten Agrobusiness ausführen. Ein bisschen nicht-verpachtetes Land ermöglicht ihnen kümmerliches Überleben.¹³

Doch die Selensky-Regierung hat die Pacht-Praxis beendet: Seit 1. Juli 2021 können die Bauern ihr Land verkaufen, zunächst nur an Käufer mit ukrainischer Staatsangehörigkeit. Dafür richtet die Regierung ein Auktionsportal ein, in dem auch anonym geboten werden kann. Die Freigabe des Verkaufs der höchst fruchtbaren ukrainischen Schwarzerde wurde nicht nur von oligarchischen Landgrabbern verlangt, sondern auch vom Internationalen Währungsfonds IWF, der der hochverschuldeten Ukraine für einen neuen 5-Milliarden-Kredit u.a. diese Auflage machte: Land darf verkauft werden, das führt zu wirtschaftlichem Aufschwung! Ein späteres Referendum 2024 soll dann den nächsten Schritt einleiten: Verkauf des Bodens auch an Ausländer. Die weitere Verarmung der Bauernfamilien ist eine der Folgen, die unter diesen Bedingungen eingeleitet wird. Deshalb protestierten viele Bauern gegen diese „Landreform“ – ohne Wirkung.

Schmuggelzentrale Ukraine: Seit 30 Jahren

Ab 1992 kauften die größten Zigarettenkonzerne Philip Morris, R.J. Reynolds, British American Tobacco und Japan Tobacco die Zigarettenfabriken in der Ukraine. Teilweise blieb der Staat ein paar Jahre als Minderheitsgesellschafter dabei.

Die Produktion mit guten, aber nun schlechter bezahlten Fachkräften galt zum wenigsten für den ukrainischen Markt. Das große Spektrum der Luxusmarken wie Marlboro und Chesterfield bis hinunter zu Billigstmarken wurde für den Export produziert. Dafür senkte die komplizenhafte Regierung die Tabaksteuer auf ein international konkurrenzloses Niveau, weniger als die Hälfte der in Europa sonst geltenden Steuer. Gleichzeitig blieben die Zollkontrollen auf niedrigstem Niveau.

Ende der 1990er Jahre erkannte die Europäische Kommission: Phi-

lip Morris & Co produzieren in der Ukraine mehr als 90 Prozent für den Export, einschließlich mit den Billigzigaretten für den globalen Schmuggel in arme Staaten, aber auch in die reichen EU-Staaten. Durch den Schmuggel würden die EU-Staaten jährlich um vier Milliarden Euro geschädigt. Die EU klagte gegen Philip Morris und Reynolds auf Schadenersatz. Das Gericht in New York wies die Klage 2001 ab. Drei Jahre später willigte Philip Morris ein, an die EU 1,3 Mrd. Dollar zu zahlen, um den Kampf gegen Schmuggel und gefälschte Etiketten zu unterstützen.

Morris zahlte aber erstmal nicht, 2010 wurde das Abkommen erneuert. Morris hat sich verpflichtet, die Summe, auf 12 Jahre verteilt, an Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spa-

Philip Morris und wurde auch noch Vorsitzender des „Ethik-Komitees“ der EU.¹⁴

In der Ukraine kostet eine Schachtel Marlboro-Zigaretten trotz inzwischen etwas erhöhter Tabaksteuer 2,50 Euro und im Kosovo 1,65 (Stand 2021) – während die Schachtel in Deutschland 7 Euro kostet, in Belgien 6,20, in Frankreich 10, in Italien 6 usw. Deshalb gehen natürlich der Export und der Schmuggel aus der Ukraine weiter. Deshalb wird rituell-ergebnislos verhandelt, so auch beim 21. Gipfeltreffen EU-Ukraine. „Die Ukraine ist zu einer weltweiten Drehscheibe für die Lieferung illegaler Zigaretten nach Europa geworden“, so gestand der Vizechef des ukrainischen Präsidentenamtes, Alexej Hontscharuk. Präsident Zelensky hat natürlich wieder zugesagt, dass die Ukraine den Tabaksmuggel noch heftiger bekämpfen wird



nien zu bezahlen. Diese Staaten haben das Abkommen unterzeichnet – aber alle osteuropäischen EU-Staaten nicht. Gleichzeitig blühte hinter den Kulissen die Komplizenschaft: Michel Petite, von 2001 bis 2007 Generaldirektor des Juristischen Dienstes der EU-Kommission, wechselte 2008 zur US-Kanzlei Clifford Chance, übernahm dort den Mandanten

als bisher.¹⁵

Ukraine: Höchste Militärausgaben in Europa

Durch den von westlichen Akteuren – NATO, Horizon Capital, Swedbank, National Endowment for Democracy, Black Sea Trust, Soros Foundation – organisierten Maidan-

13– Who Benefits from the Creation of a Land Market in Ukraine? oaklandinstitute.org, December 2020; Christina Planks: Land grabs in the Black Earth: Ukrainian Oligarchs and International Investors, Heinrich Böll-Stiftung 30.10.2013; Transnational Institute: Land Concentration, Land Grabbing and Peoples' Struggles in Europe, June 2013

14– Geschichte der EU-Vereinbarungen zum Tabaksmuggel: Unfairtobacco.org

15– Schmuggel: Ukraine will Kooperation mit der EU verbessern, euraktiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/schmuggel-ukraine-will-kooperation-mit-der-eu-verbessern/, abgerufen 15.7.2022

Putsch 2014 wurde der kleine Banker Arsenij Jazeniuk ins Amt des ukrainischen Ministerpräsidenten gehievt.¹⁶ Die Boykotte gegen Russland führten zum Verlust mehrerer hunderttausend Arbeitsplätze in der Ukraine – allein für deutsche Unternehmen wie den Autozulieferer Leoni waren es etwa 40.000.

Die ukrainische Regierung orientierte sich nun an der EU und führte 2015 einen gesetzlichen Mindestlohn ein: 34 Cent pro Arbeitsstunde. Das war eine deutliche Ansage, auf welchem Niveau sich die Arbeitseinkommen bewegten. Die Beschäftigten wie in der Textilindustrie und im Agrobusiness freuen sich, wenn der Mindestlohn wirklich gezahlt wird. Andere Beschäftigte freuen sich, wenn der Stundenlohn in die Nähe von drei Euro kommt. Die Arbeitsmigration Richtung Ausland beschleunigte sich, wurde und wird von den nicht so stark verarmten osteuropäi-

nerhalb eines halben Jahrzehnts auf das Doppelte bis 2020, also schon vor dem Krieg: auf 5,9 Prozent – hochprozentigster Musterknabe für die Forderung von US-Präsident Obama, die Militärbudgets auf zwei Prozent zu erhöhen. Damit steht die Ukraine nach Saudi-Arabien weltweit an 2. Stelle, noch vor dem zweitbesten US-Musterknaben, dem hochgerüsteten Israel.¹⁸

Das Nicht-NATO-Mitglied Ukraine mit jetzt 41 Millionen Einwohnern hat mit seinen 292.000 Soldaten mehr Militärs als die anderen und auch größeren NATO-Mitglieder (USA natürlich ausgenommen), also mehr Soldaten als Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Griechenland, Spanien, Polen, Rumänien... Der Staat mit der allerärmsten Bevölkerungsmehrheit in Europa leistete sich bzw. seinen Herren und Damen in Washington, Brüssel, London, Paris und Berlin zugleich die weitaus höchsten

(Wasser, Abwasser, Müll) und der staatlichen Energiepreise sowie für weitere Privatisierungen. Der IWF war auch Kriegstreiber: Der Verlust des Donbass würde sich negativ auf die Höhe der westlichen Kredite auswirken, ließ er verlautbaren.¹⁹

Die Staatsverschuldung wurde 2020 auf optisch hübsche 60 Prozent herabgedrückt – hervorragend für einen Beitritt zur EU. Begleitfolge: Die Bevölkerungsmehrheit ist noch ärmer, die Lebenshaltungskosten, Nahrungsmittel, Kommunalabgaben, Mieten, Gesundheits- und Energiekosten sind gestiegen – sind nur noch teilweise bezahlbar oder eben gar nicht mehr. Die Durchschnittsrente betrug 2013, vor dem Maidan-Putsch, noch 140 Euro, das war der Höhepunkt in der Geschichte der unabhängigen Ukraine. Seit 2017 beträgt die Durchschnittsrente 55 Euro. Immer mehr RenterInnen müssen weiterarbeiten.²⁰

Seit der westlich orientierten Unabhängigkeit schrumpfte die Bevölkerung der Ukraine von 51 Millionen Einwohnern auf jetzt 41 Millionen. Schon vor dem jetzigen Krieg prognostizierte die Internationale Organisation für Migration (IOM) für das Jahr 2050 eine weitere Schrumpfung: 32 Millionen Einwohner, und die würden dann noch mehr im Durchschnitt noch älter sein als jetzt schon.

Die ärmste Bevölkerung Europas ist auch die kränkste: Die Ukraine steht in Europa an erster Stelle der Todesfälle wegen Mangelernährung.²¹

Wie lobte doch die Präsidentin der Europäischen Kommission, Frau von der Leyen, so überschwenglich: „Die Ukraine verteidigt beeindruckend unsere europäischen Werte!“ Deshalb soll die Ukraine EU-Mitglied werden. Die Präsidentin fügte hinzu: „Die Ukraine verdient diesen Status, denn sie ist bereit, für den europäischen Traum zu sterben.“²²

Die christlich lackierte Politikerin hat mehr recht, als sie glaubt.

Werner Rügemer am 21. Juli 2022 auf
Nachdenkseiten

Wir Danken dem Autor und
Nachdenkseiten für die freundliche
Nachdruckerlaubnis.

www.werner-ruegemer.de
www.nachdenkseiten.de



schen Nachbarstaaten gern genutzt. Die Ukraine wurde endgültig zur „Lieferantin billiger Arbeitskräfte in die EU-Länder.“¹⁷

Der hinsichtlich der Bevölkerungsmehrheit allerärmste Staat in Europa rüstete mithilfe der NATO, insbesondere der USA und Großbritanniens, ab 2016 noch schneller auf, von 2,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für das Militär in-

Militärausgaben, vielleicht zur Vorbereitung eines Krieges, oder wofür?

Die ärmste und kränkste Bevölkerung Europas

Der IWF vergab dem „korruptesten Staat Europas“ (Transparency International) Kredite mit Auflagen für Sozial- und Rentenkürzungen, für Erhöhung der Kommunalgebühren

16– Werner Rügemer: Jazeniuk made in USA, Ossietzky 9/2014

17– Olga Gulina / Oleksii Pozniak: Ukraine – Migrationsströme im Wandel, zois-berlin.de/publikationen/ukraine-migrationsstroeme-im-wandel, 11.4.2018

18– Militärausgaben der Ukraine von 2006 bis 2021, de.statista.com, abgerufen 15.7.2022

19– cnbc.com/2014/05/01/ukraine-gets-17bn-bailout-russian-risks-remain.html

20– Ukraineanalysen Nr. 200, 27.4.2018, laender-analysen.de/ukraine

21– Cardiovascular mortality attributable to dietary risk factors in 51 countries in the WHO European Region from 1990 to 2016, *European Journal of Epidemiology* 34, 37ff. (2019)

22– Die Ukraine und die EU – Eine geopolitische Entscheidung, FAZ 17.5.2022

Kolonialismus 2.0

Wie ein Berater des Wirtschaftsministeriums für die Errichtung einer Kolonie Bolivien plädiert

Man ist auf dem Weg zur Arbeit und im Radio läuft der Informationskanal des Bayerischen Rundfunks. Die Ankündigung eines Interviews¹ mit dem Wirtschaftswissenschaftler Gabriel Felbermayr ist Anlass, genauer hinzuhören. Er soll die Folgen des Krieges in der Ukraine auf die Globalisierung erläutern.

Felbermayr war Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) und übernahm 2021 in seiner Heimat die Leitung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO). Laut Wikipedia wurde diese Einrichtung 1927 von Friedrich von Hayek und Ludwig von Mises gegründet. Diese beiden Herren legten zusammen mit anderen die Grundlagen für das, was man heute unter Neoliberalismus versteht. Mit der Geschichte seines Arbeitgebers dürfte sein wirtschaftspolitischer Standort gut beschrieben sein.

Daneben ist er auch noch Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Mit seinen ehemaligen und aktuellen Funktionen ist er ein einflussreicher Intellektueller der Bourgeoisie. Man sollte immer darauf achten, was sie zu sagen haben. Schließlich können sich in ihren Aussagen die zukünftigen Schritte des ideellen Gesamtkapitalisten, der Regierung, ankündigen.

Das gilt auch für dieses Interview. Es beginnt mit der Coronapandemie und den dadurch bedingten Lock-downs. Sie haben die starke Abhängigkeit von anderen Ländern sichtbar gemacht. Er wendet sich aber gegen einen Rückzug auf das Nationale und plädiert stattdessen für eine stärkere Regionalisierung des Handels.

„Wenn wir weniger Handel treiben mit Russland, perspektivisch vielleicht auch weniger Handel mit China, dann werden wir dafür mehr Handel treiben innerhalb der Europäischen Union, mit unseren unmittelbaren Nachbarn. Vielleicht auch mehr Handel treiben mit den Ländern, mit denen wir sicherheitspolitisch aufs engste

verschraubt sind, wie z.B. mit den USA, vielleicht auch mit dem Vereinigten Königreich wieder, trotz des Brexits.“

Weiter spricht er sich für Strukturen aus, die so organisiert sind, „dass wir Länder einbinden in unsere Wertschöpfungsnetzwerke, wo das Vertrauen sehr hoch ist, dass diese Länder sich an die völkerrechtlichen Abmachungen halten, dass sie Schwächen, die wir vielleicht mal haben, nicht sofort ausnutzen, um daraus ganz opportunistisch Vorteile zu ziehen. Und dieses Grundvertrauen muss da sein, um gegenseitige Abhängigkeiten zuzulassen. Dieses Grundvertrauen mit Russland ist weg, (...) und dieses Grundvertrauen ist auch in den letzten Jahren gegenüber China deutlich kleiner geworden, auch das Grundvertrauen gegenüber den USA hat gelitten in den vier Jahren Trump.“

Auf den Einwand, dass manche Rohstoffe aus relativ unsicheren Ländern kommen, lässt er die Katze aus dem Sack. Sofort kommt er auf Lithium zu sprechen und dessen Bedeutung für die Energiewende. Die Energiewende ist positiv besetzt. Damit ist der Hörer empfänglich für seine Inhalte. „Lithium zum Beispiel, (...), da wird man, für all diese Beschaffungsstrategie, wird man sich genau überlegen müssen, auch staatlicherseits, wie man das absichert.“ Dem folgt die Klage, dass Deutschland dies in den letzten Jahren nicht gemacht hätte.

Nun geht er einen Schritt weiter: „Vielleicht braucht es auch an der einen oder anderen Stelle mehr als nur Handelspolitik, vielleicht muss da auch die Diplomatie sehr viel robuster werden bis hin zur Frage, ob man nicht auch die einen oder anderen Versorgungskorridore militärisch absichern muss.“

Diese Aussage weckt das Interesse der Interviewerin: „Wie muss ich mir das vorstellen, dass etwas militärisch abgesichert wird?“

Hier verweist er auf die Situation von vor 120 Jahren, „wo man mit mili-



Das Lithiumdreieck. Allein das Vorkommen im Salar de Uyuni wird auf 5,4 Millionen Tonnen geschätzt. Das ist mehr als an jedem anderen Ort der Welt.

tärischen Mitteln versucht hat sich Kolonien anzueignen, um diese Kolonien dann wirtschaftlich auszubeuten.“ Natürlich ist das kein Modell, das er sich zurückwünsche, aber es bleiben Fragen.

„Aber man wird schon fragen müssen, wie können wir, z.B. eine Regierung in einem Land wie, sagen wir mal, Bolivien, wo sehr viel Lithium da ist, wie können wir diese Regierung stabil halten. Wie können wir unterstützen, dass dort auch die sicherheitspolitischen Bedingungen so sind, dass die Ressource abgebaut werden kann, damit sie für den Weltmarkt zur Verfügung steht. Da gehört eben mehr dazu als nur Handelspolitik. Da wird man manche Länder möglicherweise unterstützen müssen mit Entwicklungshilfe ganz anderer Art, vielleicht auch mal mit Militärhilfe sicherheitspolitisch unterstützen müssen. Und dort, wo das nicht gelingt, wird man sehen müssen, wie man Alternativen aufbaut. Oder auch wie man vielleicht das eine oder andere Regime, das dann auf wichtigen Ressourcen sitzt, wie man da daran arbeitet, hier einen politischen

1. <https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/folgen-des-ukraine-kriegs-weniger-globalisierung-und-wohlstand,T4gByzF> abgerufen am 22.05.2022

Mantel hinzukriegen. Und da gehört eben, wie gesagt, mehr dazu als nur Zölle oder Handelsabkommen. Da wird man Druck aufbauen müssen über sehr viel mehr Kanäle. Immer gemeinsam, das können keine deutschen Alleingänge sein, das muss europäisch laufen, am besten aber die ganze Staatengemeinschaft.“ Das Ziel ist, „dass dort, wo diese Rohstoffe sind, Regierungen aktiv sind, die mit uns kooperieren.“

Dieses lange und verklausulierte Zitat muss man in seine Einzelteile zerlegen, um seinen Inhalt richtig zu erfassen.

1. Die Feststellung: In Bolivien gibt es viel Lithium.

2. Die Aufgabenstellung: Wie können wir die bolivianische Regierung stabil halten?

3. Das Ziel: Es braucht dort eine Regierung, die mit uns kooperiert und das Lithium dem Weltmarkt zur Verfügung stellt.

Zu 1: Das ist eine Tatsache. In Bolivien und den Nachbarländern gibt es große Vorkommen an Lithium.

Zu 2: Das provoziert eine interessante Frage: Wen meint Felbermayr, wenn er von der bolivianischen Regierung spricht? Die gegenwärtige Regierung der MAS (Bewegung zum Sozialismus)? Oder eine Regierung der Rechten? So etwas wie die Regierung Áñez, die nach dem weissen Putsch gegen Evo Morales die Macht inne hatte? Wir erinnern uns, dieser Putsch wurde von Teilen der „Staatengemeinschaft“ orchestriert. Auch die Bundesregierung hat dieses Vorgehen gebilligt.²

Zu 3: In welcher Form soll das Lithium dem Weltmarkt zur Verfügung stehen? Hier findet sich die Antwort auf Punkt 2. Keine der entscheidenden gesellschaftlichen Kräfte Boliviens will ein Ausfuhrverbot für Lithium. Die Unterschiede liegen in der Art und Weise, wie der Rohstoff exportiert werden soll.

Die Bourgeoisie, der die Entwicklung des Landes mehr oder weniger egal ist, dürfte mit dem Verkauf des Metalls zufrieden sein. So wie sie es in der Vergangenheit mit dem Zinn gemacht hat.

Die MAS möchte das Lithium vor Ort verarbeiten. Damit kommt die Wertschöpfung dem Land zugute und es entstehen Arbeitsplätze. Das trägt zur Entwicklung ganz Boliviens bei.

Der Export findet dann in Form von Fertigprodukten, z.B. Akkus, statt.

Die zahlreichen europäischen Projekte zur Batterieherstellung benötigen das reine Metall. Woher sollte der Rohstoff für die europäischen Fabriken kommen, wenn Bolivien nicht das Rohmaterial exportiert? Daher kann man davon ausgehen, dass Felbermayr keine Regierung der MAS stabilisieren wird.

Die „Entwicklungshilfe ganz anderer Art“ ist mit dem Wahlsieg von Luis Arce (MAS) vorerst gescheitert. Wegen der wirtschaftspolitischen Linie seiner Regierung kann Felbermayr gegenwärtig kein Vertrauen in das Land haben. So wie Bolivien gegenwärtig aufgestellt ist, ist es nicht „in unsere Wertschöpfungsnetzwerke“ integrierbar.

Im folgenden Teil des Interviews meint man einen Bezug zum Scheitern („nicht gelingt“) der Regierung Áñez zu hören: „Und dort, wo das nicht gelingt, wird man sehen müssen, wie man Alternativen aufbaut.“ Interessant, wie man den Kampf gegen eine demokratisch gewählte Regierung umschreiben kann. Wie soll der ablaufen? „Oder auch, wie man vielleicht das eine oder andere Regime, das dann auf wichtigen Ressourcen sitzt, wie man da daran arbeitet, hier einen politischen Mantel hinzukriegen. Und da gehört eben, wie gesagt, mehr dazu als nur Zölle oder Handelsabkommen. Da wird man Druck aufbauen müssen über sehr viel mehr Kanäle.“

Er ist vorsichtig, er formuliert in der Möglichkeitsform. Doch was versteht er unter einem „politischen Mantel“? Da er Druck aufbauen möchte, mehr als nur Zölle und Handelsabkommen, kommt hier die von ihm weiter vorne eingeführte robuste Diplomatie ins Spiel. Da ging es darum, Versorgungskorridore militärisch abzusichern. Der politische Mantel ist also die Zusammenarbeit befreundeter Staaten – ein deutscher Alleingang soll es ja nicht werden –, um die Versorgung mit einem Rohstoff militärisch abzusichern. Das nannte man vor 120 Jahren, er hat selbst darauf hingewiesen, Kolonialismus.

Damit formuliert Felbermayr – sie offen zu fordern, traut er sich nicht – die Notwendigkeit der Schaffung einer zeitgemäßen Kolonie. Wie könnte sie aussehen? Erinnern wir uns an

den Putsch gegen Morales. Ein rechter Mob protestierte auf der Straße gegen einen angeblichen Wahlbetrug. Dieser Vorwurf wurde vom Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) unterstützt. Am Ende forderten die Streitkräfte Morales ultimativ zum Rücktritt auf. Um Blutvergießen zu vermeiden, trat er zurück und ging ins Exil. Trotzdem forderte die Repression gegen seine Unterstützer viele Todesopfer. Kurz danach belegte das MIT in Cambridge (USA), dass es sich beim Vorwurf des Wahlbetrugs um eine Lüge gehandelt hat.

Die neue Regierung begann sofort mit einer Rückabwicklung der Errungenschaften der vergangenen 15 Jahre. Das erinnerte die Bevölkerung daran, was ein rechter Präsident für sie bedeutet. Das erzeugte den gesellschaftlichen Druck, Áñez hatte ja Neuwahlen versprochen, diese endlich anzusetzen.

Stellen wir uns vor, die Interimspräsidentin hätte den Westen um „Entwicklungshilfe ganz anderer Art“ gebeten? Um Hilfe gegen die „gewalttätige“ Opposition der MAS. Um Hilfe beim Kampf gegen die Droge Coca. Ein Grund, den man der Bevölkerung der Länder des Westens vermitteln kann, lässt sich immer finden.

Aufgrund der Bitte um Beistand hätten die NATO-Staaten eine Unterstützungsmission in Marsch gesetzt. Damit wäre der von Felbermayr erträumte „Versorgungskorridor“ Wirklichkeit geworden. Die Repression gegen bolivianische Patrioten hätten nun die Kräfte der NATO übernommen. Die MAS wird als terroristische Organisation verboten und allen ihren Mitgliedern für die Zukunft die politische Betätigung verboten. Damit können auf absehbare Zeit keine unliebsamen Wahlergebnisse den westlichen Frieden stören. All das findet formal demokratisch unter dem „Mantel“ einer lokalen Regierung statt.

Aus Sicht von Felbermayr ist dieser Neokolonialismus notwendig damit die Energiewende gelingt. Das trifft aber nur dann zu, wenn man als Herr auftreten will und alle anderen zu Knechten degradiert. Alternativ gäbe es eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe, die ist von ihm offensichtlich nicht gewünscht.

Emil Berger

2. <https://www.jungewelt.de/artikel/366592.der-kampf-geht-weiter-solidarit%C3%A4t-mit-bolivien.html?sstr=Bolivien%7CBundesregierung>

Was ist da passiert?

Zum Scheitern des Verfassungsprozesses in Chile



Transparent auf der Demonstration gegen das G7-Treffen Ende Juni in München

In den letzten drei Jahren lebten viele Chilenen mit der Hoffnung, dass die während der Militärdiktatur geschriebene Verfassung endlich auf dem Misthaufen der Geschichte landet. So ist es leider nicht gekommen. Der von einer Verfassungsgebenden Versammlung (VV) geschriebene Entwurf ist bei der abschließenden Volksabstimmung krachend gescheitert. Knapp 4,9¹ Millionen Wähler (38%) stimmten Apruebo, doch fast 7,9 Millionen (62%) Rechazo. Damit hat die chilenische Bourgeoisie das erreicht, was sie spätestens seit ihrer Niederlage bei der Wahl der Constituyente angestrebt hat.

Eine herrschende Klasse kann die Gesellschaft nur mit Hilfe von Bündnissen mit anderen sozialen Schichten dominieren. Dazu gehört die Fähigkeit, diese zu rekonstruieren, wenn sie zerbrechen sollten. In Chile hat die Bourgeoisie darin viel Erfahrung. Wie das Abstimmungsergebnis zeigt, kann sie inzwischen mehr Unterstützung mobilisieren als vor dem Militärputsch. Damals entfielen bei der letzten Wahl 55,5%² auf ihr Lager.

Die Erweiterung ihrer Basis ist eine Folge der Verankerung des neoliberalen Denkens. Davon ist auch die Linke betroffen. Der Individualismus erschwert die zielgerichtete Zusammenarbeit zum Erreichen eines gemeinsamen Zieles. Wobei im heutigen Chile, wie in vielen anderen Ländern, Positionen als links gelten, die vor 50 Jahren noch dem Liberalismus zugeordnet wurden.

Die soziale Explosion der letzten Jahre hat die ökonomische Basis Chiles, Grundlage des von der Bourgeoisie geführten Blockes, nicht angetastet. Daher war seine Wiederherstellung immer möglich. Das hat auf Seiten der Linken anscheinend niemand zur Kenntnis genommen.

Um die Rekonstruktion der Dominanz dieses Blockes nachvollziehen zu können, muss man bis zur sozialen Explosion im Oktober 2019 zurück gehen. Chile wurde damals von einem rechten Präsidenten regiert. Er widmete sich dem Abbau der sozialen Verbesserungen seiner Vorgängerin. Damit brachte er auch

Teile seiner Basis gegen sich auf. Einige von ihnen beteiligten sich sogar an Demonstrationen. Sie waren bei den Kundgebungen eine Minorität, aber ihre Anwesenheit verlieh der Bewegung ihre Kraft.

Die Verfassung Chiles verbietet die Einführung eines Sozialstaates. Alle Versuche, daran etwas zu ändern, sind in den letzten 30 Jahren gescheitert. Daher forderten die Demonstranten ein neues Grundgesetz. Durch die Massenbewegung geriet die Rechte massiv unter Druck. Zur Beruhigung der Lage vereinbarte sie mit den Oppositionsparteien einen verfassungsgebenden Prozess. Mit ihrer Sperrminorität hatten sie in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass es nur ihr genehme Änderungen gab. Der Druck der Straße zwang sie nun zu einem Weg, den sie mit parlamentarischen Mitteln nicht mehr stoppen konnte. Damit lag die gesetzgebende Macht für eine kurze Zeit in den Händen des Volkes. Deshalb kann man die soziale Explosion als Geschenk Gottes betrachten. Damit wurde eine

1– Ergebnisse siehe: <https://preliminares.servelecciones.cl/#/votacion/elecciones-constitucion/global/19001>

2– https://es.wikipedia.org/wiki/Elecciones_parlamentarias_de_Chile_de_1973#Resultados

Türe geöffnet, die sonst verschlossen geblieben wäre.

Die Rechte hat ihre Zustimmung zu diesem Prozess auch im Vertrauen darauf abgegeben, dass sie im Wahlvolk gut verankert ist. Das hätte ihr in der VV wieder die Macht zum Veto geben sollen, doch das verhinderte die Pandemie. Die Regierung verärgerte mit ihrer Coronapolitik aufs Neue ihre Basis. Deshalb streikte bei der Wahl der Constituyentes fast die Hälfte der rechten Wählerschaft und blieb zu Hause. So verlor die Rechte ihre Macht zum Veto. Daher kann man Corona als zweites Geschenk Gottes betrachten. Ohne die Pandemie hätte Chile jetzt möglicherweise eine neue Verfassung, einen Sozialstaat könnte man auf ihrer Basis wohl trotzdem nicht errichten.

Diese zwei Ereignisse wurden in der *Arbeiterstimme* Nr. 212 als Schritte eines revolutionären Prozesses zu einer bürgerlichen Revolution beschrieben. Die Bezeichnung bürgerliche Revolution war nicht korrekt. Die Bourgeoisie hatte die Macht ja schon in ihren Händen. Demokratische Revolution beschreibt die Vorgänge treffender. Schließlich waren es Ereignisse, die der Ausgangspunkt einer erfolgreichen Revolution hätten sein können, hin zu einer Umwälzung von neoliberalen zu sozialstaatlichen Verhältnissen.

Am Ende des damaligen Textes wurde die Notwendigkeit weiterer Überraschungen betont. Die sind leider nicht eingetreten. Daher konnte die herrschende Klasse ihre Dominanz wieder zurückgewinnen.

Die Strategie des Rechazo

Nach ihrer vernichtenden Niederlage bei der Wahl der VV orientierte die Rechte auf die Delegitimierung dieses Gremiums. Ziel war eine Ablehnung des Verfassungsentwurfs bei der abschließenden Volksabstimmung. Wie die Delegitimierung vonstatten gegangen ist, kann man in der *Arbeiterstimme* Nr. 215 nachlesen. Doch der entscheidende Punkt, warum die Rechte diese massive Durch-

schlagskraft erreichte, lag in der Wiedereinführung der Wahlpflicht. Sie wurde, nur für diese Abstimmung, in der Übereinkunft vom November 2019 beschlossen.

Der damalige Parteichef der Christdemokraten, Fuad Chahín, wird jetzt von den Medien gefeiert³, weil er sie in die Vereinbarung hat aufnehmen lassen. Sie betrachten die Wahlpflicht als einen „entscheidenden Faktor“ für den deutlichen Sieg des Rechazo. Die Wahlbeteiligung erreichte einen Rekord von fast 86%, bei der Stichwahl um die Präsidentschaft lag sie bei 55%.

Dem kann man nicht widersprechen. Hatten die rechten Präsidentschaftskandidaten vor einem Jahr ca. 3,8 Millionen Stimmen erhalten, konnte dieses Lager jetzt 7,9 Millionen einsammeln, fast 4 Millionen mehr. Gabriel Boric verdankte seinen Sieg in der Stichwahl 4,6 Millionen Wählern. Im Vergleich hat Apruebo nur 240.000 zusätzliche Stimmen erhalten.

Es liegt nahe, dass Menschen, die sich Wahlen verweigern, weniger über politische Dinge nachdenken. Man kann sie leichter durch Propaganda beeinflussen. Deshalb wurde massiv auf die Wahlpflicht hingewiesen, verbunden mit der Ankündigung, diesmal die Strafen wirklich einzutreiben. Vor ihrer Abschaffung 2012 hatte man das nicht so ernst genommen. Diesmal wusste jeder, dass die Wahlenthaltung 180.000 Pesos kosten wird. Das ist fast die Hälfte des monatlichen Mindestlohns⁴. Da überlegt man es sich zweimal, ob man zu Hause bleibt.

Die Christdemokratie ist damit ihrer alten Rolle treu geblieben. Sie gibt sich als eine volksnahe Kraft der Mitte, betreibt aber das Geschäft der Bourgeoisie. Das war vor drei Jahren, ob es heute noch zutrifft, wird die Zukunft zeigen. Die Partei hat zu Apruebo aufgerufen, aber Dissidenten wie Chahín taten das Gegenteil. Der Umgang mit ihnen wird zeigen, wohin sich die DC entwickelt.

Dabei hat ein Teil der traditionellen Basis der DC, der die Zusam-

menarbeit mit der Rechten ausdrücklich wünscht, sich eine neue Partei geschaffen. Die Partido de la Gente (PDG, Partei der Leute) ist inzwischen die mitgliederstärkste Partei des Landes. Sie votierte für Rechazo.

Auf Seiten der Bourgeoisie findet man auch ehemalige Linke. Das sind diejenigen, die aus dem Scheitern Allendes den Schluss gezogen haben, dass sie die neoliberale Politik von heute schon 1970 hätten machen sollen. Aus Gründen der Tradition wollen sie sich nicht offen mit der Rechten verbünden. Zu diesem Kreis gehört der ehemalige Präsident Ricardo Lagos. Er bekleidete das Amt für das Mitte-Links Bündnis Concertación und veröffentlichte eine Erklärung, die sein Wahlverhalten offen ließ. Jemand hat sich die Datei näher angesehen und dabei bemerkt, dass in den Eigenschaften als Verfasser ein bekannter Aktivist des Rechazo steht.

Schon die letzten Wahlen hatten gezeigt, dass der herrschende Block seinen Einfluss wiederhergestellt hatte. Die Parlamentswahlen wurden von den rechten Parteien gewonnen, nur die gleichzeitig abgehaltene Präsidentschaftswahl haben sie verloren. Aus einem einfachen Grund: Chile akzeptiert bisher keinen Präsidenten, der offen die Diktatur verherrlicht.

Nach der Rekonstruktion ihrer Dominanz hätte die herrschende Klasse die Dinge ihren Lauf lassen können. Das war ihr offensichtlich zu riskant. Das Land wurde mit einer unvorstellbaren Propagandakampagne überzogen. Dem konnte Apruebo kaum etwas entgegensetzen. Wie das Onlinemedium El Desconcierto meldete, hat die Kampagne für Rechazo viermal so viele Geldspenden erhalten wie Apruebo⁵. Dazu kommen die Mittel für indirekte Werbung, unter anderem für zahllose Influencer in den sozialen Medien, die tauchen in den offiziellen Zahlen gar nicht auf.

Auch die Massenmedien unterstützten die Kampagne. Sie gehören ja auch den Besitzenden. Es wurden Behauptungen aufgestellt, die weitgehend auf Lügen basierten. Es wurde behauptet, dass man den Leuten bei einem Sieg des Apruebo das Häuschen wegnimmt. Angeblich würde die neue Verfassung ihnen die Ausübung ihrer Religion verbieten und hätte die Zerstörung von Kirchen zur Folge. Die Regelungen

3– <https://www.latercera.com/la-tercera-pm/noticia/gran-senor-voto-obligatorio-la-exigencia-dc-que-se-transformo-en-uno-de-los-protagonistas-del-referendum/QEPWKEF3RZBTJHZRS7XT7DUPKU/>

4– <https://de.tradingeconomics.com/chile/minimum-wages>

5– <https://www.eldesconcierto.cl/opinion/2022/08/26/cuanto-y-a-quienes-financia-el-gran-empresariado-en-este-plebiscito.html>

über die Ureinwohner würde diesen mehr Rechte einräumen als anderen Chilenen. Außerdem schützen sie die Mapuche-Terroristen vor der Strafverfolgung. Die Definition Chiles als plurinationaler Staat führe zur Abspaltung von Landesteilen. Auch die nationalen Symbole sollen abgeschafft werden. Am Ende glaubte die rechte Basis wirklich, dass es sich bei dem Entwurf um eine Art von kommunistischer Verfassung handelt.

Ein Beispiel für das Niveau der Auseinandersetzung war der Vorwurf an Karol Cariola, dass einer ihrer Vorschläge an den Holocaust erinnern würde.⁶ Was hatte die kommunistische Abgeordnete, die eine der beiden Sprecher der Kampagne für Apruebo war, gemacht? Sie hatte ihre Unterstützer dazu aufgefordert, ihre Häuser mit entsprechenden Plakaten zu verzieren.

Aus Deutschland schaut man fassungslos auf dieses Szenario. Da geht es um einen Verfassungsentwurf, der von seinem sozialen Inhalt in etwa dem Grundgesetz entspricht. Doch auch, wie Jorge Baradit, einer der Constituyentes nach der Niederlage formuliert: *„Wir haben alle bisher zum Schweigen gebrachten und abweichenden Stimmen aufgenommen, aber wir haben nicht vorhergesehen, wie sie in den Köpfen der Chilenen koexistieren werden.“*

Die Artikel des Verfassungsentwurfs sind gegendert. Es wurde die paritätische Besetzung aller öffentlichen Funktionen mit Frauen und Männern vorgeschrieben. Indirekt wurde das Recht auf Abtreibung garantiert. Diversen Minderheiten räumte man ihre Rechte explizit ein. Dazu kamen in einer Demokratie eigentlich selbstverständliche Dinge wie die, dass dem Staat verboten ist, Menschen verschwinden zu lassen. Hier schlägt sich das durch die Diktatur verursachte Trauma wieder.

Dazu kommt, dass der zweite Sprecher der Kampagne Vlado Mirosevic war. Der bekannte Abgeordnete der Liberalen Partei ist über ihre internationalen Verbindungen mit der deutschen FDP verbunden. Er ist damit ein Parteifreund von Christian Lindner. Glaubte man wirklich, er könnte sich für den Kommunismus einsetzen?

Der geniale Zug der rechten Kampagne war das Motto *„Rechazar para reformar“*. Das lässt sich in etwa mit

„Ablehnen, um zu reformieren“ übersetzen. Doch das, was dann reformiert werden soll, wurde offen gelassen. Diese Losung war auch deshalb so wirksam, weil sie an den auch an der rechten Basis verbreiteten Wunsch nach einer Veränderung andockte. Dort ist man überzeugt, dass nach dem Sieg des Rechazo etwas viel Besseres kommt.

Nun ja, in den Tagen nach ihrem Sieg stellten immer mehr Politiker der Rechten die Notwendigkeit von Reformen in Frage. Das führte dazu, dass Javier Macaya, Präsident der UDI, die Mitglieder seiner Partei daran erinnern musste, was sie der Öffentlichkeit versprochen hatten⁷. Das hat es in sich. Die UDI wurde



von Jaime Guzmán gegründet, dem maßgeblichen Autor der aktuellen Magna Charta. Viele seiner Anhänger würden den Text am liebsten so erhalten wie er ist.

Die Volksabstimmung gegen die Regierung Boric

Der Präsident hatte sich ganz klar für Apruebo ausgesprochen. Daher erklärte man das Plebiszit auch zu einer Abstimmung über seine Politik. Nach einem halben Jahr im Amt und ohne parlamentarische Mehrheiten kann man nicht viel erwarten. Die herrschende Inflation ist eine Folge

des westlichen Wirtschaftskrieges gegen Russland. Doch das Mantra war: Die Regierung tut nichts.

Ein anderes Thema war die innere Sicherheit. Hier befindet sich die Regierung in einer Zwickmühle. Ihre Basis steht den Forderungen der Mapuches aufgeschlossen gegenüber. Die terroristischen Aktionen werden eher verdrängt. Das Vorgehen der Polizei gegen Indigene steht bei ihnen, nicht ohne Grund, im Verdacht, dass Vorwürfe konstruiert werden.

Die Coordinadora Malleco Arauco (CAM), die bekannteste Organisation radikaler Mapuches, hat ihre Politik mit dem Amtsantritt der neuen Regierung nicht geändert. Die Menschen in der Araucania fürchten sich weiter vor Landbesetzungen, Holzdiebstählen und Brandanschlägen. Bei einem Besuch der Innenministerin in der Gegend äußerte sie sich in einer Art zum Thema, die nach allgemeiner Meinung zeigte, dass sie von den Problemen keine Ahnung hat.

In diesem Umfeld räumte Hector Llaitul, der Chef der CAM, ein, dass seine Gemeinschaft Holzdiebstähle begeht um an die Mittel für Waffenkäufe zu gelangen. So ein Geständnis hätte in Deutschland sofort Konsequenzen. Doch es passierte – nichts. Als er endlich festgenommen wurde, hieß es, dass die Aktion nicht von der Regierung ausgegangen ist. Das gehört auch nicht zu ihren Aufgaben. Im Zusammenhang mit der Verhaftung gelangten abgehörte Telefongespräche an die Presse. Sie legen nahe, wenn sie nicht manipuliert worden sind, dass man ihn schon letztes Jahr hätte festsetzen können. Man fragt sich, warum das nicht passiert ist.

Ein paar Tage vor der Abstimmung fand ein Aufsehen erregender Anschlag statt. Eine in Konkurrenz zur CAM stehende Gruppe hatte in Contulmo eine unter Denkmalschutz stehende Mühle abgebrannt. Sie gehörte einer deutschstämmigen Familie. Die bewaffnete Aktion kostete einem Rentner ein Bein und einem Wächter ein Auge. Für diese Situation wurde Boric verantwortlich gemacht. Doch die rechte Vorgängerregierung hatte auch keine Lösung.

6– <https://www.epicentrochile.com/2022/08/02/karol-cariola-tras-polemica-por-sus-dichos-nunca-hable-de-macar-casa/>

7– <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2022/09/09/derecha-en-llamas-macaya-compara-a-overoles-blancos-con-los-cabezas-calientes-patriotas.html>

Im April kam es bei den Umfragen zu einer drastischen Veränderung der Zahlen. Bis März lag Apruebo ca. 10% Prozentpunkte vor Rechazo. Das änderte sich Anfang April. Was war geschehen? Eine Kommission der VV hatte den Antrag *Con mi plata no* (Mit meinem Geld nicht) abgelehnt. Mit mehr als 60.000⁸ Unterstützern steht er auf Platz eins aller bei der VV eingereichten Petitionen.

Dieser Antrag eines Vereins gleichen Namens setzt sich, grob gesagt, für die Fortsetzung des bestehenden Systems der Altersvorsorge ein. Das geht davon aus, dass die Einzahlungen bei der Rentenversicherung der Besitz des Einzahlers sind. Daher kann man sie auch vererben. Je nach Vereinbarung bedeutet es aber auch, dass man ab einem festgelegten Zeitpunkt gar keine Rente mehr erhält.

Das, was der Verein als Wunsch der Bevölkerung ausgibt, ist ein elementares Bedürfnis der chilenischen Bourgeoisie. Mit der Privatisierung der Rentenversicherung haben die Unternehmer die Altersvorsorge unter ihre Kontrolle gebracht. Mit dem Geld der Bürger machen sie seit Jahrzehnten ihre Gewinne. Es ist klar, dass sie darauf nicht verzichten wollen. Da die privaten Rentenversicherungen ein Stützpfeiler der chilenischen Kapitalakkumulation sind, wäre das für sie existenzbedrohend. Das erklärt den massiven Einsatz der herrschenden Klasse gegen den Verfassungsentwurf.

Laut NO+AFP verwalten die privaten Rentenversicherungen (AFP) über 184 Milliarden US-Dollar⁹. Dem steht gegenüber, dass 50% der von diesen Instituten monatlich ausgezahlten Renten unter 162.000 Pesos liegen, das sind ungefähr 175 Euro. Daher möchte diese Initiative die privaten Rentenversicherungen abschaffen. Ihre Petition wurde angenommen. Da sie aber nur von ca. 24.000 Bürgern unterstützt wurde, war die Berichterstattung entsprechend.

Der Verfassungsentwurf schließt aus, dass Kunden der AFPs Ansprüche verlieren. Trotzdem wurde genau das suggeriert. Allein der Name

der Initiative unterstellt das. Das hat offenbar gewirkt. Traut man den Meinungsforschern, liegt darin der Grund für den drastischen Absturz von Apruebo. So erklärte das Roberto Izikson, ein Direktor von CADEM, während einer Diskussion¹⁰ bei CNN Chile. In der ersten Aprilwoche stellten sie die drastische Veränderung fest. Rechazo setzte sich auf einen Schlag mit ungefähr 10 Prozentpunkten vor Apruebo. Danach hat sich nicht mehr viel geändert.

Hier spielt auch die Ablehnung einer 5. vorzeitigen Auszahlung aus den AFPs eine Rolle. Damit hatte man wegen der Pandemie begonnen. So ließ man Menschen finanzielle Mittel zukommen, die wegen der Quarantäne-Maßnahmen nicht arbeiten konnten. Da das Geld von ihnen selber kam, war es keine im neoliberalen System verpönte Transferleistung. Macht man das aber zu häufig, untergräbt man damit die eigene private Altersvorsorge. Die Menschen brauchen im Alter ja trotzdem Geld zum Leben. Daher dürfen sie die angesparten Mittel nicht vor der Zeit aufbrauchen. Das trägt die Gefahr in sich, dass sie in Zukunft staatliche Transferleistungen benötigen. Neoliberale stehen diesen Auszahlungen deshalb zwiespältig gegenüber.

Diese Rückzahlungen haben bei vielen zu der Erwartung geführt, dass das so weitergehen wird. Sie wollen an ihr Geld, um z.B. ihre Hypothek abzuzahlen, schließlich ist ihr Häuschen auch Teil der Altersvorsorge. Das ist in der neoliberalen Logik, dass Rentenansprüche Privatbesitz sind, nachvollziehbar. Warum soll nicht der Einzelne nach seinem Gusto darüber verfügen können?

Im Kongress wurden sowohl der Vorschlag der Regierung wie auch der einer Abgeordnetengruppe aus der rechten Mitte abgelehnt. Von manchen wurde das als Beweis gesehen, dass ihnen Apruebo doch an ihr Geld will. Das Kuriose ist, dass diejenigen, die im Ruf stehen, alles enteignen zu wollen, sich für die 5. Rückzahlung ausgesprochen haben.

Auf dem Onlineportal der KP, *El Siglo*, steht: „Die Leute haben absolut Recht, wenn sie Auszahlungen fordern.“ Und weiter: „Dies ist eine faire Forderung, die die absolute Illegitimität des AFP-Zwangssparsystems bestätigt.“¹¹

Nach *El Siglo* war Boric gegen diese Auszahlung. Er folgte damit seinen Beratern und den Wünschen der AFPs. Hier zeigt sich, dass der Präsident kein Linker ist. Mit dieser Position stellt er sich in die Kontinuität der neoliberalen Politik der Regierungen der Concertación.

Die Anhänger des Apruebo

Verschiedene Aussagen Lenins werden häufig in folgendem Satz zusammengefasst: „Eine revolutionäre Situation gibt es dann, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen.“ Angewendet auf Chile kann man sagen, dass „die unten“ zeitweilig nicht mehr wollten. Doch „die oben“ konnten immer, d.h. sie waren immer handlungsfähig. Daher ist es fraglich, ob Apruebo ohne weitere Überraschungen überhaupt eine Chance auf Erfolg gehabt hätte, auch bei vernünftigem Handeln aller seiner Verfechter. Trotzdem soll auf die Defizite dieses Lagers eingegangen werden.

Wie schon beschrieben, basierte der spektakuläre Erfolg für die Parteien der Linken und unabhängiger Listen nur zu einem kleinen Teil auf zusätzlichen Stimmen. Die gesellschaftliche Basis hatte sich nicht wirklich verändert. Angesichts dieser prekären Lage hätten die die VV dominierenden Kräfte der Mitte und der Linken einen Text schreiben müssen, der auch von einem Teil der rechten Wähler unterstützt werden kann. Besonders jenen, die sich bislang der Wahl verweigert hatten.

Das Thema Abtreibung zeigt, dass das nicht geschehen ist. Im §61 des Entwurfes garantiert der Staat die Rahmenbedingungen für einen selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruch. Man kann sich vorstellen, dass das ein Kernanliegen der Vertreter der feministischen Bewegung war. Doch wozu hat das geführt? Die chilenische Bischofskonferenz klagte, dass „der Verfassungsvorschlag Rechte der Natur anerkennt und seine Besorgnis für Tiere als fühlende Wesen ausdrückt, aber keine Würde und kein

8– <https://www.latercera.com/pulso/noticia/pensiones-en-la-convencion-iniciativa-popular-mas-votada-con-mi-plata-no-es-rechazada-en-comision-y-aprueban-propuesta-de-noafp/BGSVRERN25D5VHEITWMQLGCSVI/>

9– <https://coordinadoranomasafp.cl/>

10– <https://www.youtube.com/watch?v=DXRdc-EH8Ow>

11– <https://elsiglo.cl/2022/04/09/analisis-5o-retiro/>

Recht für ein menschliches Wesen im Bauch seiner Mutter“¹².

Zu dieser Frage hat das Meinungsforschungsinstitut Monitor Social interessante Zahlen veröffentlicht¹³. So stand der Suchbegriff Abtreibung kurz vor dem Plebiszit bei Google auf dem zweiten Platz der Suchanfragen in Kombination mit Verfassung. Nur der Begriff Pensionen zusammen mit Verfassung wurde in Chile häufiger eingegeben. Das zeigt, wie vielen Menschen das Thema wichtig ist. Vielleicht wäre es besser gewesen, diese Frage offen zu lassen.

Jetzt, nach der Niederlage, wird das ausgesprochen. So von Pierina Ferreti, der Direktorin der Stiftung Nodo XXI, in einem Interview mit der Tageszeitung *junge Welt*: *Die Verfassungsbefürworter haben zu wenig gesehen, dass es nicht ausreicht, einen Entwurf auf einem linken Grundkonsens zu schreiben. Denn so wurden moderate konservative Kräfte ausgegrenzt, die ja in der Bevölkerung eine durchaus starke Strömung sind. Aus meiner Sicht ist es der richtige Weg, mit diesen moderaten Rechten zu verhandeln und ein größeres politisches Lager zu schaffen, das sich gemeinsam für einen neuen Verfassungsentwurf einsetzt, sie damit also in die Pflicht zu nehmen. Ich befürchte, dass wir dazu viele gute Positionen aufgeben müssen, aber so können wir am Ende eine Mehrheit für eine progressivere Verfassung gewinnen.“¹⁴ Dem ist nichts hinzuzufügen.*

Zu diesem strategischen Fehler, der aber aufgrund der Zusammensetzung der VV wohl nicht zu vermeiden war, kam noch die Dummheit einzelner Constituyentes und von Unterstützergruppen des Apruebo. Sie erleichterten den Rechten ihre Arbeit ungemein.

Das begann schon am ersten Sitzungstag. So konnte man Giovanna Grandón von der Liste des Volkes als Pikachu bewundern. Das ist eine Figur aus der Welt des Videospiele Pokémon. Für sie war das naheliegend, hatte sie sich doch in dieser Verkleidung die Popularität erarbeitet, die ihr den Sitz eingebracht hat.

Jetzt klagt sie: „Meine Selbstkritik ist, dass ich mir zur Mittagszeit nicht die Kleidung von Pikachu hätte anziehen dürfen.“¹⁵ Es gibt Bilder, wie sie in dieser Aufmachung am Rednerpult steht. Sie wurden in der Kampagne des Rechazo als Symbolbild für die

Arbeit der VV verwendet. Darin wird das Ganze als Zirkusveranstaltung dargestellt.

Wie abgehoben von der Realität des Landes Grandón agierte, zeigt ihre Aussagen, dass sie sich darauf vorbereitete, zur Plaza de la Dignidad zu gehen, um den Sieg zu feiern. Offensichtlich hatte sie alle Meinungsumfragen ignoriert.



Rechazo-Plakat

Ein anderes Beispiel ist die Abschlusskundgebung in Valparaíso. Dort führte das Kollektiv Las Indetectables, es gehört zur LGBTI+ Bewegung, mit der chilenischen Fahne eine symbolische Abtreibung durch. Das führte zu einem Aufschrei der Empörung. Sowohl wegen „pornografischer Akte bei einer Massenveranstaltung während der Anwesenheit von Kindern“¹⁶, als auch wegen der Schändung eines nationalen Symbols.

Die Niederlage

Das Ergebnis zeigt das Ausmaß des Scheiterns. Das Ganze wird noch bitterer, betrachtet man Einzelergebnisse. Das kann man sich aber sparen. Rechazo hat in fast allen Kommu-

nen und allen Regionen des Landes gewonnen, mit Ausnahme von vier Stadtteilen in Santiago. Der Unterschied liegt nur in der Stärke seines Siegs. Er reicht von 55% in der Hauptstadt bis zum Maximum von 74% in der Region Ñuble.

Selbst in lokalen Brennpunkten zog Apruebo den kürzeren. Ein Beispiel ist Petorca. Den Ort dürften inzwischen viele kennen, steht er doch für die Exzesse beim Anbau von Avocados. Der lokale Fluss ist inzwischen ausgetrocknet. Die Kleinbauern können ihre Felder nicht mehr bewässern und es gibt kaum Trinkwasser. Die Bewohner müssen es sich mit Tankwagen liefern lassen. Das kostet natürlich. Nur die Produzenten der Avocados, sie arbeiten für den internationalen Markt, haben Wasser. Die Rechte dafür haben sie gekauft. Die Verfassung verhindert, dass man sie ihnen wieder entzieht. Die neue Verfassung sollte das ändern.

Daher hätte man vermutet, dass die Bürger Petorcas hinter Apruebo stehen. Doch auch hier kommt Rechazo auf 56%. Das wird so erklärt: Den Einwohnern dieses Ortes ist ihre traditionelle Lebensweise sehr wichtig. Die sahen sie durch den Verfassungsentwurf in Gefahr.

Wie geht es weiter? Der Teil der Rechten, der sich jetzt noch zu Reformen verpflichtet fühlt, will das ohne die Regierung durchziehen. Sie erklärten dem Präsidenten, dass er sich da raushalten soll. Das sei jetzt wieder Sache der parlamentarischen Gremien. Dort hat die Regierung keine Mehrheit. Damit befindet sich Chile wieder in der Situation wie vor der sozialen Explosion.

Am Tag nach der Niederlage demonstrierten Oberschüler und Studenten für Veränderungen. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei und es brannten Mülltonnen. Es ist fraglich, ob damit die Linke Sympathien in der Bevölkerung gewinnt.

Emil Berger

12– <http://www.iglesia.cl/4629-los-obispos-de-chile-frente-a-la-propuesta-constitucional.htm>

13– https://www.monitorsocial.cl/_files/ugd/657f14_9abf4b0c53ec42eeb403d9c6d5d64b98.pdf

14– <https://www.jungewelt.de/artikel/434531.niederlage-f%C3%BCr-chilenische-linke-die-rechte-hat-nicht-gewonnen.html?sstr=die%7Crechte%7Cnicht%7Cgewonnen>

15– <https://www.latercera.com/la-tercera-pm/noticia/no-debi-ponerme-el-traje-de-pikachu-primo-el-individualismo-la-hora-de-las-culpas-entre-los-convencionales-derrotados/D5OPD7KVLBG4XGJYYPYHHMH4A/>

16– <https://www.gamba.cl/2022/08/en-acto-del-apruebo-en-valparaiso-se-introdujeron-una-bandera-chilena-por-el-ano-frente-a-cientos-de-ninos/>

Werner Rügemer: Imperium EU – ArbeitsUnrecht, Krise, neue Gegenwehr.



Papyrossa Verlag, Köln Oktober 2020,
320 Seiten, 19,90 Euro.

Seit den Vorstufen der Montanunion, EG, EWG organisiert die EU bzw. die Europäische Kommission systemisches ArbeitsUnrecht, gegen die menschenrechtlichen Normen der UNO und der ILO. Das wirkt nicht nur in den EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch in den Anwörter-, assoziierten und Freihandels-Partnerstaaten. Dazu gehören auch Millionen WanderarbeiterInnen in der Bau-, Logistik-, Krankenhaus-, Pflege-, Agrobusiness-, Fleisch- und Bordellindustrie. Rügemer schildert wichtige Akteure wie Jean Monnet (US-Banker, „Gründervater Europas“), Walter Hallstein (NS-Jurist, erster Präsident der Europäischen Kommission) und Jean-Claude Juncker (Regierungschef der größten EU-Finanzhoose, Kommissionspräsident, verantwortlich für die letzte Arbeitsrichtlinie ESSR, 2017). Dargestellt werden die Instrumente: Privatisierungen, Subventio-

nen, Richtlinien, Freihandelsverträge, Migrations-Agenturen, Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EUGH), auch die wichtigsten Investoren und Berater. Auch das Corona-Pandemen-Management zeigt daher einen entsprechenden Klassencharakter, wie Rügemer im aktuellen Vorwort belegt. Deutschland agiert als der führende ArbeitsUnrechts-Staat in der EU. Das in der verbreiteten Kritik an der EU tabuisierte ArbeitsUnrecht erweist sich als eine Ursache der politischen Rechtsentwicklung. Der 2. Teil des Buches versammelt Berichte aus einem Dutzend EU-Mitglieds-, Anwörter- und assoziierten Staaten über neue Formen der Gegenwehr, u.a. aus Frankreich, Irland, Kroatien, Ungarn, Polen, Litauen, Spanien, Österreich, Skandinavien, Nordmazedonien, der Schweiz sowie Großbritannien vor dem Brexit.

Anzeige



ROTE HILFE E.V.

**Solidarität organisieren
Mitglied werden!**

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle,

unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Rote Hilfe e.V., Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

Anzeige

LEFT BOOKS

LITERATURMESSE

04.11. – 06.11.22

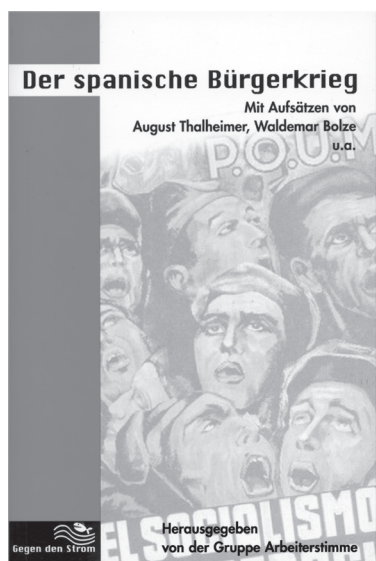
NÜRNBERG | KULTURWERKSTATT AUF AEG




veranstaltet von metroproletan archiv & bibliothek
und gostenhofer literatur- und kulturverein

Fürther Straße 244 d
www.linke-literaturmesse.org

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPD (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“, werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von
der Gruppe Arbeiterpolitik
296 Seiten, Klebebindung, 8,00 €.

Wieder lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur, 3,- €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org